

Protokoll der 12. Sitzung

vom 27. August 2012, 8.00 Uhr im Kantonsratssaal in Schaffhausen

Vorsitz Hans Schwaninger

Protokoll Janine Rutz und Martina Harder Pfister

Während der ganzen Sitzung abwesend (entschuldigt)

Erich Gysel, Florian Hotz, Peter Kämpfer, Florian Keller, Ueli Kleck, Dino Tamagni.

Während Teilen der Sitzung abwesend (entschuldigt)

Matthias Frick, Thomas Wetter.

Traktanden:

Seite

1. Orientierungsvorlage des Regierungsrates vom 30. August 2011 betreffend Strategie zum Ausstieg aus der Kernenergie

499

Neueingänge seit der letzten Sitzung vom 20. August 2012:

1. Kleine Anfrage Nr. 2012/24 von Markus Müller vom 25. Juli 2012 mit dem Titel: Wie bekämpft Kanton Ackerkratzdisteln und andere Unkräuter?
2. Kleine Anfrage Nr. 2012/25 von Markus Müller vom 1. August 2012 mit dem Titel: Neue Wege in Abfallentsorgung der Strasse entlang.
3. Volksmotion Nr. 2012/4 von Konradin Winzeler (Erstunterzeichner) sowie 1'447 Mitunterzeichnenden vom 22. August 2012 mit dem Titel: Rückzug der ESH3-Vorlage. Die Volksmotion hat folgenden Wortlaut:

Der Regierungsrat wird beauftragt, in seinen Bemühungen um einen ausgeglichenen Finanzhaushalt, nicht einseitig staatliche Leistungen, die der Bevölkerung in ihrer ganzen Breite zu Gute kommen, abzubauen oder mit zusätzlichen Gebühren zu belasten. Der Regierungsrat soll auch alternative Massnahmen prüfen und dem Kantonsrat unterbreiten. Dazu gehören: Überprüfung des Investitionsprogramms, strukturelle Massnahmen, zum Beispiel im Bereich der Spitalversorgung mit der Zielsetzung einer stärkeren Zusammenarbeit mit ausserkantonalen Spitälern, zurückhaltendere Gewährung von Steuererleichterungen oder Steuerbefreiungen von Unternehmen, eine massvolle Anpassung der Steuern (Steuerfuss und/oder Steuertarif) für natürliche und juristische Personen, weitere durch den Regierungsrat vorzuschlagende, in ihren Prioritäten begründete Massnahmen. Zu diesem Zweck wird der Regierungsrat beauftragt, seine Vorlage vom 22. Mai 2012, ESH3, zurückzuziehen.
4. Antwort der Regierung vom 21. August 2012 auf die Kleine Anfrage Nr. 2012/17 von Florian Hotz vom 4. Juni 2012 mit dem Titel: Sicherheitsförderung oder Bussenabzocke?
5. Antwort der Regierung vom 21. August 2012 auf die Kleine Anfrage Nr. 2012/18 von Bernhard Müller vom 9. Juni 2012 betreffend Gewährleistung Zuckerrüben Transporte per Bahn.
6. Antwort der Regierung vom 21. August 2012 auf die Kleine Anfrage Nr. 2012/21 von Matthias Frick vom 21. Juni 2012 betreffend Solar-energie im Kanton Schaffhausen.

Mitteilungen des Präsidenten:

An diesem Wochenende haben die Schaffhauser Stimmberechtigten unsere Regierung wiedergewählt. Ich gratuliere den Regierungsratsmitgliedern zur guten Wiederwahl und wünsche ihnen weiterhin gutes Gelingen und Freude an ihrer Arbeit. Zudem gratuliere ich Stephan Rawyler zur Wiederwahl ins Gemeindepräsidium von Neuhausen am Rheinfall.

Die GPK meldet den 84. Geschäftsbericht der Pensionskasse als verhandlungsbereit.

Die SP-AL-Fraktion wünscht, in der Spezialkommission 2012/7 «Entlastung des Staatshaushaltes (ESH3)» nach der ersten Sitzung Patrick Strasser wieder durch Sabine Spross zu ersetzen. – Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie damit einverstanden sind.

*

1. Orientierungsvorlage des Regierungsrates vom 30. August 2011 betreffend Strategie zum Ausstieg aus der Kernenergie

Grundlagen: Amtdruckschrift 11-58
 Bericht INFRAS zum Kernenergieausstieg des Kantons Schaffhausen vom 20. Mai 2011.
Kommissionsvorlage: Amtdruckschrift 12-65

Kantonsratspräsident Hans Schwaninger (SVP): Erlauben Sie mir folgende Vorbemerkung zum Kommissionsantrag und zum geplanten Ablauf der Beratung dieser Orientierungsvorlage: Die Kommission stellt den Antrag, es sei «von der Orientierungsvorlage und der darin aufgezeigten Stossrichtung in befürwortendem Sinn Kenntnis zu nehmen». Dieser Antrag ist nach Rücksprache mit dem Staatsschreiber in dieser Art – Kombination von Kenntnisnahme und inhaltlicher Aussage/Wertung – nach Art. 22 Abs. 3 Satz 1 Kantonsratsgesetz nicht zulässig. Der Antrag ist daher aufzutrennen in eine Kenntnisnahme und in eine allgemeine Erklärung gemäss Art. 22 Abs. 3 Satz 2 Kantonsratsgesetz. Da die Kommission zudem zu einzelnen Massnahmen in der Vorlage einerseits und zu verschiedenen parlamentarischen Vorstössen andererseits die Abgabe von Erklärungen beantragt, schlage ich Ihnen folgendes Vorgehen vor: Zuerst führen wir die Eintretensdebatte zur Vorlage und nehmen Kenntnis von der Orientierungsvorlage (ohne Abstimmung). Danach werde ich – zweitens –, wie bei einer Gesetzesberatung, die einzelnen Erklärungen zu den in der Vorlage enthaltenen Massnahmen gemäss Kommissions-

bericht Ziff. 4 aufrufen. Diese Erklärungen können mit entsprechenden Anträgen abgeändert werden. Weiter werde ich – drittens – die Erklärungen zu den parlamentarischen Vorstössen gemäss Ziff. 5 des Kommissionsberichtes aufrufen. Auch diese Erklärungen können mit entsprechenden Anträgen abgeändert werden. Nach Bereinigung dieser Erklärungen werde ich – viertens – die von der Kommission beantragte allgemeine Erklärung zur Orientierungsvorlage zur Diskussion stellen. Diese lautet gemäss Antrag der Spezialkommission folgendermassen: «Der Kantonsrat befürwortet die in der Orientierungsvorlage aufgezeigte Stossrichtung.» Auch diese allgemeine Erklärung kann mit entsprechenden Anträgen abgeändert werden. – Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden sind.

Eintretensdebatte

Kommissionspräsident Urs Capaul (ÖBS): Gerne möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen und noch ein paar Ergänzungen zum Kommissionsbericht anfügen. An der heutigen Debatte geht es um die kantonale Energiepolitik und darum, wie sie sich zukünftig ausrichten soll. Es geht um eine finanziell tragbare Elektrizitätsversorgung, die auch in Zukunft gewährleistet sein muss, aber ohne Kernenergie. Letztlich geht es um die Forderung, die Stromversorgung möglichst effizient und ohne negative Auswirkungen zu Lasten der zukünftigen Generationen auszugestalten und den vom Bundesrat beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie auf kantonaler Ebene umzusetzen.

Der Bundesrat will den Wegfall der Kernenergie mit dem Ausbau erneuerbarer Energien und mit Energieeffizienz kompensieren. Das bedeutet, dass vermehrt in erneuerbare Energien, Energiesparmassnahmen und in die Versorgungsnetze investiert werden muss. Für die Übergangsphase ist gemäss Bundesrat mindestens ein Gaskombikraftwerk notwendig. Es dürfte damit allen klar sein, dass der Ausstieg im Gleichschritt mit dem Bund vorangetrieben werden muss und ein schrittweiser Ausstieg bis ins Jahr 2034 anzustreben ist; denn dannzumal soll das letzte Kernkraftwerk Leibstadt vom Netz gehen. Für den Kanton Schaffhausen bedeutet es, dass bis ins Jahr 2020 jährlich rund 100 Gigawattstunden Atomstrom zu ersetzen sind. Das sind in etwa 800'000 m² Fotovoltaikflächen. Um das etwas zu veranschaulichen, habe ich das in die Einheit «Fussballfeld» umgerechnet. Demzufolge müssten 115 Fussballfelder des Stadions Breite mit Fotovoltaik bestückt werden. Das bedingt zwar zusätzliche Anstrengungen, aber angesichts der grossen, bereits vorhandenen Dachflächen dürfte dies eigentlich machbar sein.

In der Kommission bestand Einigkeit darüber, dass die zukünftige Stromversorgung nicht zu Lasten des Klimas gehen darf und deshalb CO₂-

lastige Energieträger nur zur Stabilisierung der Netzspannungen dienen können, etwa in Form von Gas-Kombikraftwerken, also Gas- und Dampfturbinenkraftwerken. Die zusätzlichen Emissionen müssen aber gemäss CO₂-Gesetz vollständig kompensiert werden, und das mindestens zu 50 Prozent im Inland. Die CO₂-Kompensation wäre auch eine Chance, um alternative Projekte im Wärmebereich finanziell zu fördern wie Holzwärmeverbund, Abwärmenutzung, Wärmepumpen und ähnliches.

Die Kommission spricht sich für die Strategievariante 2 «Regionale Wertschöpfung» aus und damit für einen nachhaltigen Umbau des Schaffhauser Stromversorgungssystems auf der Basis von erneuerbaren Energieträgern. Die Strategievariante 1 «Strompreisoptimierung» wird als wenig zielführend erachtet, weil mit dem Zertifikatszukauf wohl kurzfristig günstigere Strompreise realisiert werden könnten, aber damit auch die Auslandsabhängigkeit nicht vermindert und die Versorgungssicherheit eher sinken würde. In diesem Zusammenhang wurde in der Kommission auch von «Ablasshandel» gesprochen. Investitionen in der Region erhöhen dagegen die Wertschöpfung und den volkswirtschaftlichen Nutzen für unsere Region. Die Wahrheit dürfte zumindest während den nächsten Jahren in der Mitte liegen. Denn es dürften nicht sämtliche Energieerzeugungsanlagen von heute auf morgen in Schaffhausen realisierbar sein, um den Atomstromanteil zu ersetzen, sodass man in den Anfangszeiten nicht um einen Zukauf von Stromzertifikaten herumkommen wird oder – was Zertifikaten vorzuziehen wäre –, in günstige ausländische Produktionsanlagen investiert und damit die erneuerbare Stromproduktion steigert. Dennoch erwartet die Kommission, dass die Produktion erneuerbarer Energien in der Region massiv hochgefahren wird und dass sich die Energieversorgungsunternehmen an Produktionsgesellschaften hierzulande beteiligen, sodass der Zertifikatszukauf sich zukünftig laufend reduziert. Insofern erachtet es die Kommission als unglücklich, dass die kantonalen Förderprogramme aufgrund der knappen Finanzen am 1. März 2012 gekürzt oder ganz eingestellt wurden. Eine «stop-and-go»-Politik fördert den Kernenergieausstieg nicht; Investoren verlangen nach Kontinuität und Sicherheit. Zudem wird von vielen Fachleuten die Fotovoltaik – neben der Energieeffizienz – als Schlüssel zur Erreichung des Atomausstieges betrachtet. Wasserkraft, Windenergie, Biomasse, WKK-Anlagen auf der Basis von Gas, Strom aus Trinkwasser, Abwasser und Klärgas sind heute günstiger als Fotovoltaik und sollen – soweit wie möglich und verträglich realisierbar – vorangetrieben werden, auch wenn dies mengenmässig nicht ausreicht. Bei der Fotovoltaik muss zudem abgeklärt werden, wie insbesondere der Winteranteil gesteigert und zeitliche Schwankungen ausgeglichen werden können.

Die zukünftige Stromversorgung wird teurer, und zwar unabhängig davon, ob die Energiewende kommt oder nicht. Über die tatsächlichen zusätzlichen Kosten, die als Folge des Umbaus der Elektrizitätsversorgung beziehungsweise des Ausstiegs aus der Kernenergie entstehen, gingen die Meinungen in der Kommission auseinander. Auch auf Bundesebene findet darüber zurzeit eine Diskussion statt. Die Mehrkosten für den Verzicht auf neue Kernkraftwerke belaufen sich gemäss Bundesrat bis 2050 auf insgesamt rund 30 Mia. Franken. In diesem Betrag sind die Kosten für den Um- und Ausbau des Stromnetzes allerdings noch nicht enthalten. Die Kosten der Energiewende werden nicht zuletzt durch die Zeitspanne der Umsetzung beeinflusst. Sie lassen sich reduzieren, wenn dem Prozess ausreichend Zeit eingeräumt und vor allem rasch begonnen und Planungssicherheit gewährleistet wird. Damit verbunden sind einerseits eine grössere Offenheit für neue erneuerbare Energien und die verbreitete Anwendung von energieeffizienten Technologien, die zu einem grossen Teil heute schon wirtschaftlich sind; andererseits können viele aufwendige, aber notwendige Anpassungen bei den Netzinfrastrukturen im Zuge der allgemeinen Erneuerungen erfolgen. Die effektiven Kosten sind aber auch abhängig von der Umsetzung der Kostenwahrheit. Solange Atomstrom und die Entsorgung der nuklearen Abfälle mit Milliardenbeträgen nicht ausgewiesen und durch die öffentliche Hand subventioniert werden, gibt es Marktverzerrungen. Auf einen anderen Aspekt verweist die Schweizerische Agentur für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz (AEE) auf ihrer Internet-Site. Nur nebenbei: Die AEE vertritt die Interessen von Verbänden und Unternehmen. Würde nämlich in alternative Energieformen investiert, liesse sich rund 60 Prozent mehr Beschäftigung kreieren als beim Bau von grossen AKWs, schreibt die AEE.

Zu den Kosten des Ausstiegs: Die Kommission hat sich vom Büro INFRAS erläutern lassen, welche Annahmen ihrem Bericht zugrunde liegen. Zum heutigen Zeitpunkt sind es möglichst genaue Abschätzungen unter Einbezug der aktuellsten Untersuchungen, da noch nicht sämtliche Kostenfolgen im Detail dargestellt werden können und auch der künftige technologische Fortschritt und die Wirkungsgradverbesserungen lassen sich heute noch nicht genau beziffern. Wie hoch die effektiven Kosten der Energiewende sind, weiss heute noch niemand genau. Dies bitte ich bei der Diskussion der Ausstiegsstrategie des Regierungsrates zu beachten. Die EKS AG bezieht ihren Strom zur Hauptsache von der Axpo. Deshalb wurde in der Kommission auch die Frage aufgeworfen, ob die kantonale Ausstiegsstrategie mit der Axpo-Strategie kompatibel sei. Aufgrund der Ausführungen des Axpo-Vertreters in der Kommission konnte kein Widerspruch ausgemacht werden.

Die Kommission hat die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Massnahmen diskutiert und zu einzelnen Massnahmen Erklärungen gemäss Art. 54 Abs. 2 der Kantonsverfassung abgegeben. Zwar lassen sich aufgrund dieser Planungserklärungen keine unmittelbaren Aufträge an die Regierung ableiten, doch bringen sie den Gedanken des Planungsdialogs zwischen Kantonsrat und Regierung zum Ausdruck. Die Kommission vertritt die Meinung, dass mit der Diskussion, Änderung und/oder Genehmigung der Erklärungen dem Regierungsrat ausreichend aufgezeigt wird, in welche Richtung er nach Meinung des Kantonsrates tätig werden sollte. Der Energiedirektor hat der Kommission zugesichert, dass mit der ersten Vorlage dem Kantonsrat über die Erklärungen detailliert Zwischenbericht erstattet wird. Dennoch erachtet eine Kommissionsmehrheit die Begleitung der zukünftigen Arbeiten durch ein beratendes Gremium als sinnvoll und hat dazu ebenfalls eine entsprechende Erklärung verfasst.

Zu den energiepolitischen Vorstössen, die im Anschluss an die Vorlage diskutiert werden sollen: Hier ist die Meinung der Kommission, dass nach Diskussion und Genehmigung der allenfalls angepassten Erklärungen durch den Kantonsrat die Vorstösse im Sinne eines effizienten Ratsbetriebs zurückgezogen und in die Gesamtstrategie beziehungsweise in die Massnahmen aufgenommen werden sollten. An dieser Stelle weise ich Sie noch darauf hin, dass es sich bei den beiden Vorstössen «Warmwasseraufbereitung mit Sonnenkollektoren» und «Ersatz von ortsfesten elektrischen Widerstandsheizungen» nicht um Postulate, sondern um Motionen handelt, also um einen Auftrag an die Regierung, eine Gesetzesänderung vorzunehmen. Im Kommissionsbericht wurden die beiden Vorstösse fälschlicherweise als Postulate bezeichnet.

Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, die Orientierungsvorlage birgt die Gefahr, dass bei ihrer Beratung Grundsätze zur Energiepolitik und nicht der Kernenergieausstieg diskutiert werden. Zwar lassen sich beide Aspekte nicht immer restlos trennen, doch geht es bei der Orientierungsvorlage des Regierungsrates um die kantonale Strategie zum Ausstieg aus der Kernenergie. Ich bitte Sie, dies bei den folgenden Diskussionen zu beachten.

Den Kommissionsmitgliedern möchte ich für die sachlichen, offenen, fairen und zuweilen auch sehr engagierten Diskussionen danken. In den Dank einschliessen möchte ich aber auch unseren Energiedirektor, Regierungsrat Reto Dubach, und Andrea Paoli, Leiter der kantonalen Energiefachstelle, die die Fragen aus der Kommission kompetent beantwortet haben. Auch unserer Ratssekretärin Janine Rutz gebührt Dank für die sehr umfangreichen Protokolle, die immer sehr schnell vorlagen. Im Namen der Kommission bitte ich Sie, auf die Orientierungsvorlage einzutreten.

Ich gebe Ihnen noch die Stellungnahme der ÖBS-EVP-Fraktion bekannt: Der Bundesrat will den Wegfall der Kernenergie mit dem Ausbau erneuerbarer Energien und Einsparungen kompensieren. Gemäss Bundesstrategie ist für die Übergangsphase mindestens ein Gaskombikraftwerk notwendig. Die ÖBS-EVP-Fraktion schliesst sich der Kommissionsmeinung an, wonach die CO₂-Emissionen aus Klimaschutzgründen vollständig zu kompensieren sind, wie dies auch das Gesetz verlangt. Dies ist auch eine Chance, um die Gelder aus dieser Kompensation zur Förderung von sinnvollen Projekten im Wärmebereich im Inland zu nutzen. Davon könnten Projekte wie Abwärmenutzung und Wärmepumpen in unserem Kanton finanziell profitieren und einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Zudem gibt die ÖBS zu bedenken, dass die anstehende Marktliberalisierung nicht – wie von vielen erwartet – zu sinkenden Strompreisen führen dürfte. In vielen Regionen liegen die faktisch regulierten Tarife, gemäss Avenir Suisse, deutlich unter dem Marktniveau, was zu einem übermässigen Konsum und zu einer zurückhaltenden Investitionstätigkeit führt. Wir sind uns aber darüber im Klaren, dass sich mit einer weiteren Marktöffnung die Tarife über alle Regionen angleichen und vermehrt am europäischen Grosshandel orientieren werden. Oder anders ausgedrückt: Die Liberalisierung führt nicht zu einer Preisreduktion, wie von vielen erhofft, sondern zu einer Angleichung ans übrige Europa, wo die Preise heute schon zum Teil deutlich höher liegen als in der Schweiz. Dennoch ist eine Marktöffnung notwendig, damit die Preise flexibler werden und tatsächlich eine lenkende Rolle spielen. Erst dann können Smart-Pricing-Tarifsysteme sinnvolle Anreize für den Einsatz intelligenter Netze, Endgeräte und Anwendungen schaffen.

Wie gross die volkswirtschaftlichen Kosten effektiv sind, hängt im Wesentlichen von der Wahl der künftigen Versorgungsstrategie ab. Genauer gesagt gilt es, die Mehrkosten einer Alternativstrategie gegenüber der Referenzstrategie «Bau neuer Kernkraftwerke» zu ermitteln. Es geht also um die Abschätzung der sogenannten Opportunitätskosten. In der Energiestrategie 2050 hat der Bundesrat seine Vorstellungen über das künftige Stromangebot konkretisiert und die Kosten des Ausstiegs bis 2050 mit rund 30 Mia. Franken beziffert, ohne den Ausbau der Versorgungsnetze. Dem stehen Kosten von 8 bis 10 Mia. Franken für ein einziges neues ERP-Kernkraftwerk gegenüber, die gemäss BFE vorwiegend ins Ausland abfliessen, worin die späteren Entsorgungskosten noch nicht enthalten sind. Schon dieser Vergleich zeigt auf, dass der Ausstieg aus der Kernenergie nicht nur die nuklearen Risiken vermindert, sondern eine Chance für die regionale Volkswirtschaft darstellen kann, wenn in regionale Anlagen investiert wird. Insofern unterstützt die ÖBS-EVP-Fraktion die Strategievariante 2 «Regionale Wertschöpfung». Und selbstverständ-

lich erwarten wir bei der Nuklearenergie endlich die Einführung einer vollen Kostentransparenz und Kostenwahrheit.

Auch mit den Erklärungen der Kommission ist die ÖBS-EVP-Fraktion einverstanden. Einzig die Erklärung der Kommission zu S2, wonach das kantonale Elektrizitätswerk und die Städtischen Werke sowie das Werk Hallau ganz oder in Teilen zusammenzulegen sind, hat für unsere Fraktion keine dringliche Priorität. Zwar stimmt die Fraktion der Kommission zu, wonach der Kernenergieausstieg wesentlich erleichtert würde und wohl auch Kosten eingespart werden könnten, wenn alles unter einem Dach wäre. Doch sprechen verschiedene Punkte wie beispielsweise das Eigentumsverhältnis oder die Struktur der betroffenen Unternehmen – beim Städtischen Werk handelt es sich um ein Querverbundunternehmen mit öffentlich-rechtlichem Status – gegen eine rasche Zusammenführung. Nach Meinung der ÖBS-EVP-Fraktion sollen vielmehr Synergien geschaffen und gemeinsame Aktivitäten vorangetrieben werden, dies jedoch rasch. Letztlich spielt es unserer Ansicht nach gar nicht so eine grosse Rolle, ob die verschiedenen Stromversorger sich zusammenschliessen; denn zukünftig werden in einem liberalisierten Markt die Kunden den Strom dort beziehen, wo sie das günstigste Preis-/Leistungsverhältnis für eine bestimmte Stromqualität erhalten. Ein Zusammenschluss in Richtung Oligopol oder sogar ein Monopol wäre hingegen kontraproduktiv. Einzig bei den Netzen handelt es sich zwangsweise um ein Monopol. Und Monopole gehören unserer Ansicht nach immer in die Hände des Staates. Deshalb ist es sinnvoll, wenn im Kanton eine gemeinsame Netzgesellschaft geprüft wird, deren Eigentümerin aber vollumfänglich die öffentliche Hand – der Kanton und die Gemeinden – sein muss.

Die ÖBS-EVP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und von der Orientierungsvorlage Kenntnis nehmen. Zudem stimmen wir der in der Orientierungsvorlage aufgezeigten Stossrichtung zu. Bei der Schlussabstimmung, wenn über die Zustimmung zur Stossrichtung abgestimmt wird, wird die ÖBS-EVP-Fraktion Namensaufruf beantragen.

Kantonsratspräsident Hans Schwaninger (SVP): Bevor wir mit der Debatte beginnen, hätte ich noch einen präsidentalen Wunsch. In meinen Ferien habe ich eine Tafel mit dem folgenden Spruch gesehen: «Überlegen Sie vor dem Sprechen, was Sie sagen wollen und fassen Sie sich kurz.» Vielleicht ist das ein guter Hinweis für die heutige Debatte.

Regierungsrat Reto Dubach: Besten Dank für das Votum des Kommissionspräsidenten, zu dem ich einige Ergänzungen machen möchte. Wovon sprechen wir, wenn wir vom Kernenergieausstieg reden? Wir sprechen dabei nicht von einem Ausstieg aus der Kernenergie auf kanto-

nalere Ebene, da der Kanton selbst gar nicht aus der Kernenergie aussteigen kann. Darüber ist sich auch die Kommission in den Beratungen einig geworden. Vielmehr geht es um einen Umstieg von der Kernenergie auf erneuerbare Energie. Das soll nicht von heute auf morgen oder auf übermorgen geschehen, sondern in den nächsten 20 bis 30 Jahren. In diesem Zeitraum müssen wir 350 Gigawattstunden Kernenergie, die wir heute verbrauchen, sukzessive durch erneuerbare Energien ersetzen. In diesem Zusammenhang stellen sich zwei Fragen: Verfügt unsere Region überhaupt über ein genügend grosses Potenzial an erneuerbaren Energien? Und bleibt der Strom weiterhin bezahlbar? Damit haben sich sowohl die Studie der INFRAS wie auch die vorberatende Kommission auseinandergesetzt.

Zuerst zum Potenzial: Die Studie zeigt klar auf, dass das Potenzial für erneuerbare Energien in unserer Region vorhanden ist. Die Studie und auch der Bericht des Regierungsrates zeigen einen Weg auf. Konkret soll unser Stromverbrauch in den nächsten 20 bis 30 Jahren wie folgt gedeckt werden: 170 bis 200 Gigawattstunden Wasserenergie, 50 bis 100 Gigawattstunden Sonnenenergie, 25 bis 50 Gigawattstunden Windenergie und 15 bis 30 Gigawattstunden Biomasse. Den Rest müssen wir, je nachdem wie wir diese Potenziale ausschöpfen, durch ausserkantonale Strom decken. Das ist kein Problem, da der Kanton Aktionär der Axpo ist. Es ist sinnvoll mit anderen Kantonen zusammenzuarbeiten. Gerade im Bereich der Geothermie wird sich im Laufe der nächsten Jahre oder Jahrzehnte ein Potenzial eröffnen. Ich weise Sie nochmals darauf hin, dass wir von den nächsten 20 bis 30 Jahren sprechen.

Zum Preis: Die Studie zeigt auf, und die Kommission hat das plausibilisiert, dass sich der Strompreis bei einem Umstieg um 4 Rappen erhöhen wird. Das ist leicht nachvollziehbar, denn der Preis für Kernenergie umfasst nicht alle Kosten, die bei deren Produktion entstehen. Darauf ist bereits hingewiesen worden. Der Rückbau, die Stilllegung und die Lagerung sind im heutigen Kernenergiepreis ungenügend enthalten. Dies ist auch aus der Ertragsentwicklung der Axpo ersichtlich. Bei der Durchsicht der Geschäftsberichte werden Sie feststellen, dass die Gewinne beziehungsweise das Unternehmensergebnis geschmolzen sind, weil in letzter Zeit viel mehr Rückstellungen gemacht werden mussten. Nicht zuletzt sind die Ausfälle bei der Axpo immer wieder als Grund für die nötige Entlastung des Staatshaushaltes angeführt worden. Ich frage Sie aber: Soll letztlich der Gewinn aus der Kernenergie unseren Staatshaushalt finanzieren? Ich weiss nicht, ob dies eine nachhaltige Finanzierungsart ist. Erhöht sich der Strompreis um 4 Rappen, zahlt ein Haushalt damit zirka 180 Franken mehr pro Jahr, ein KMU-Betrieb etwa 2'400 Franken pro Jahr. Das ist zwar nicht nichts, aber es ist insgesamt bezahlbar. Dabei ist klar, dass stromintensive Betriebe weiterhin Sonderkonditionen bean-

spruchen können sollen. Wir werden in der Zukunft entsprechende Modelle ausarbeiten. Sinnvoll wäre es, wenn der Privathaushalt gleichzeitig Strom im Betrag von 180 Franken einsparen würde. So können durch einen geringeren Stromverbrauch die entstehenden Mehrkosten wieder kompensiert werden.

Fazit: Der Preis ist bezahlbar und das Potenzial ist vorhanden. Damit dieses ausgeschöpft werden kann, braucht es entsprechende Massnahmen. Jene haben wir Ihnen im Bericht und Antrag des Regierungsrates aufgezeigt. Mit der Befürwortung der Stossrichtung beschliessen Sie aber die einzelnen Massnahmen noch nicht. Dieser Schritt erfolgt erst zu einem späteren Zeitpunkt mit separaten Vorlagen, die dem Kantonsrat unterbreitet werden. Allenfalls müssen dazu dann auch noch die Stimmberechtigten ihre Zustimmung geben. Im Vordergrund stehen dabei Massnahmen, die die Information und Motivation der Bevölkerung betreffen. Jeder sollte ein Bewusstsein für das Stromsparen entwickeln und Strom nur in Form von erneuerbarer Energie beziehen. Das wäre der Idealfall. Leider funktioniert dies in der Realität nicht immer. Deswegen braucht es weitere Massnahmen beziehungsweise Anreize. Ein attraktives Energieförderprogramm hat dabei Priorität. Dieses ist vielleicht in einigen Jahren gar nicht mehr nötig, nämlich dann, wenn die erneuerbaren Energien ihre Marktreife erzielt haben werden. Notwendig sind aber auch Vorschriften im Gebäudebereich, für die die Kantone zuständig sind. Ausserdem ist ein aktives Mitwirken der Stromunternehmen unerlässlich.

Zugegeben, es ist noch nicht alles klar, wenn wir vom Umstieg sprechen und er beinhaltet auch gewisse Risiken. Aber birgt die Kernenergie nicht auch Unklarheiten und Risiken? Sind diese Risiken nicht um das x-Fache grösser als ein Umstieg? Ein Umstieg ist der sicherere Weg als die Beibehaltung der Kernenergie. Auch die Versorgungssicherheit in 10, 20 Jahren kann mit einem Umstieg besser garantiert werden. Sogar die grossen Stromkonzerne haben eingesehen, dass es ihnen nicht mehr möglich sein wird, ein neues Ersatzkernkraftwerk zu realisieren. Die Axpo hat sich davon verabschiedet. Sie sieht es nicht als realistisch an, aus wirtschaftlichen, aber auch aus technischen Gründen, weiterhin an der Kernenergie festzuhalten.

Der Umstieg, meine Damen und Herren, bietet auch Chancen, vor allem wenn es uns gelingt, die Ökologie und die Ökonomie miteinander zu verbinden. Wir sollten ein bisschen optimistisch sein, dass wir diesen Weg schaffen werden. Die Forschung in der Schweiz hat immer wieder erstaunliche Resultate hervorgebracht. Unsere Unternehmen sind innovativ, und wenn sie wissen, dass der Umstieg angestrebt werden muss und soll, werden sie diese Innovationskraft auch ausschöpfen. Energiepolitik ist in diesem Sinn nicht nur Umweltschutzpolitik, sondern sie ist im besten Sinne des Wortes auch Wirtschaftspolitik.

Thomas Wetter (SP): Im März 2007 habe ich meine Motion zum Ausstieg aus der Atomenergie eingereicht. Im Mai 2009 wurde im Rat darüber debattiert und der zum Postulat umgewandelte Vorstoss wurde mit 36 zu 17 an die Regierung überwiesen. Zwei Jahre später lag ein umfassender Bericht vom Büro INFRAS zum Kernenergieausstieg des Kantons Schaffhausen vor und der Regierungsrat hat uns im August des letzten Jahres die nun vorliegende Orientierungsvorlage betreffend Ausstieg aus der Kernenergie unterbreitet.

Was ist zwischenzeitlich geschehen? Am 11. März 2011 kam es im hochindustrialisierten und dichtest besiedelten Japan in den Reaktorblocks 1 bis 3 von Fukushima zu Kernschmelzen. 150'000 Menschen mussten zwangsevakuiert oder sogar dauerhaft umgesiedelt werden. Etwa 20 Prozent der Radioaktivität, die beim Super-GAU von Tschernobyl austrat, wurde freigesetzt. Die Grundsatzdebatte über die Beherrschbarkeit der Atomkraft wurde wieder neu lanciert; die logische Antwort können Sie sich selber geben. Im Mai 2011 hat der Bundesrat den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen und der Nationalrat ist ihm gefolgt. Schweizweit glauben nur noch einige von der Atomwirtschaft finanzierte Lobbyisten an eine Zukunft mit Atomstrom. Unser grosser Nachbar Deutschland hat den Ausstieg ebenfalls beschlossen und der Strom aus den riesigen Solarflächen in Deutschland hat in den letzten Schönwetterwochen das Mittagsgeschäft der Schweizer Pumpspeicherkraftwerksbetreiber vermiest. Im Herbst und Winter haben die Windparks in Norddeutschland Absatzprobleme, weil der Zubau an Windkraft die Netzkapazitäten übersteigt. Deutschland hat demnach nicht nur etwas beschlossen, Deutschland handelt auch entsprechend. Die schweizerischen AKWs gehen zwischen 2019 und 2034 vom Netz. Sogar der Axpo-Verwaltungsrat erachtet heute den Ausstieg aus der Kernenergie als einzig realistischen Weg. Die Region Schaffhausen ist mit der Endlagerproblematik besonders konfrontiert. Momentan werden sieben Endlagerstandorte im Bereich Südranden und Zürich-Nordost evaluiert. Bis jetzt gibt es weltweit kein definitives Endlager. Die Sicherheit der Endaufbewahrungsstätten für über 100'000 Jahre wirft noch viele unbeantwortete oder nicht zu beantwortende Fragen auf.

Mit dem Rückbau von Atommeilern wurden in Deutschland bereits erste Erfahrungen gemacht. Es zeigt sich, dass der Rückbau aufwändiger sein wird als der einmalige Bau. Die bisher in der Schweiz geäußerten Fonds für Zwischenlagerung, Endlagerung und Rückbau enthalten erst rund ein Drittel der benötigten Gelder. Wenn die Kostenwahrheit beim Atomstrom endlich gelten soll, dann sind Zuschläge von 2 bis 3 Rappen pro Kilowattstunde notwendig, und nicht nur 0,9 Rappen wie bisher. Wenn wir die Folgekosten einfach auf künftige Generationen überwälzen,

blenden wir das von bürgerlicher Seite stets gepriesene Verursacherprinzip aus.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dies alles sind Tatsachen, vor denen wir die Augen nicht verschliessen können, wenn wir diese Orientierungsvorlage diskutieren. Die Vorlage, die auf dem INFRAS-Bericht basiert, zeigt deutlich auf, dass der Ausstieg aus der Kernenergie für den Kanton machbar ist. Mit einem ganzen Katalog von Massnahmen – mein Fraktionskollege Andreas Frei wird noch auf die Details eingehen –, verteilt auf mehrere Phasen, sollen die Leitplanken erstellt werden, sodass mit gesteigerter Effizienz und der Ausnutzung des Potenzials der Produktion von neuen erneuerbaren Energien das Ziel des Ausstiegs erreicht werden kann.

Die favorisierte Strategie der regionalen Wertschöpfung sorgt für verstärkte Investitionen in den Zubau von Stromproduktionsanlagen und in die Ausschöpfung der Stromeffizienzpotenziale. Dies wird sich positiv auf die Beschäftigungs- und Ertragssituation der Schaffhauser Wirtschaft auswirken. Der Weg zum Ausstieg aus dem Auslaufmodell «Atomenergie» wird kein Spaziergang werden. Es ist eine Herkulesarbeit, die alle fordern wird. Die Schweiz ist der produktivste und innovativste Wirtschaftsstandort der Welt. Wir haben das technische Wissen und das praktische Know-how um den Ausstieg zu bewerkstelligen. Jetzt braucht es den politischen Willen für die richtigen Weichenstellungen. Die SP und die AL als zukunftsorientierte Parteien, sind bereit, die politischen Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass die Wirtschaft zu Höchstleistungen motiviert wird, damit der Umbau der Energieproduktion und der Energieversorgung erfolgreich durchgeführt werden kann. Die Politik hat unter anderem die Aufgabe, die Basis für eine lebenswerte Zukunft kommender Generationen zu legen. Ich bitte Sie, heute ein deutliches Signal für eine atomkraftfreie Zukunft zu setzen.

Theresia Derksen (CVP): Die Orientierungsvorlage des Regierungsrates betreffend Ausstieg aus der Kernenergie wurde in der FDP-JF-CVP-Fraktion intensiv diskutiert. Die Strategie und die Stossrichtung des Regierungsrates wurde als richtig empfunden; in der Diskussion der Details zeigte sich die Komplexität des Themas und teils wurde bezweifelt, ob die anvisierten Ziele mit Erfolg und innert nützlicher Frist umgesetzt werden können.

Es geht nicht darum, ob wir den Atomausstieg wollen oder nicht. Bundesrat und Ständerat haben den Ausstieg beschlossen und in der heutigen Situation wäre eine Volksabstimmung für ein Ersatzkernkraftwerk nicht zu gewinnen. Für die Versorgungssicherheit wird es entscheidend sein, ob es in den nächsten Jahren gelingt, eine Stabilisierung oder gar eine Reduktion des Stromverbrauchs gemäss der Energiestrategie des Bundesrates

zu erreichen. In den letzten 40 Jahren hat sich der Stromverbrauch verdoppelt. 2010 stieg er um 4 Prozent an. Gemäss Aussage von Niklaus Zepf, Leiter Unternehmensentwicklung Axpo Holding AG, rechnet die Axpo mit einem weiteren Anstieg von jährlich zwischen 0,8 und 1 Prozent bis 2040, wobei der Anstieg zunächst höher sein dürfte und sich dann langfristig abschwächt. Grund dafür ist das Bevölkerungswachstum. Bis 2035 wird gemäss dem Bundesamt für Statistik die Schweizer Bevölkerung voraussichtlich von heute 7,8 auf rund 9 Mio. Menschen anwachsen. Andere Gründe sind, trotz zunehmender Energieeffizienz, die Substitution von fossilen Energieträgern durch Elektrizität sowie die exponentiell steigende Anzahl von Endgeräten. Wir stehen vor einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung. Damit wir in Zukunft eine sichere und bezahlbare Energieversorgung haben, brauchen wir eine Kombination aus Steigerung der Energieeffizienz einerseits und dem Zubau von neuen erneuerbaren Energien andererseits.

Es ist klar, dass wir in Schaffhausen nicht alleine dieses Ziel erreichen, aber es braucht auch uns. Es braucht einen klaren politischen Willen und die Zusammenarbeit auf regionaler und nationaler Ebene. Wir wissen, dass mit oder ohne Kernenergie die Strompreise steigen werden. Die Fonds für die Entsorgung und den Rückbau sind noch nicht geäufnet; die Risikokosten sind nicht Bestandteil der Investitionen. Das Netz und die Stromleitungen sind in die Jahre gekommen und müssen erneuert werden. Dass die Kosten konventioneller Energien steigen, hat auch mit dem Markt zu tun und nicht mit der Energiewende. Das ist überall so, wenn die Nachfrage grösser ist als die Produktion.

Marktwirtschaftliche Lösungen sind gefordert und auch der Klimaschutz soll nicht vernachlässigt werden. Kritisch stehen wir dem Bau von Gaskraftwerken gegenüber. Die Gaskraftwerke stossen zwar jährlich rund 6 Mio. Tonnen CO₂ aus, dennoch soll die gesamte CO₂-Belastung im Jahr 2035 dank effizienterer Motoren und Heizungen sowie ökologischer Gebäudesanierungen, um über einen Drittel tiefer ausfallen als heute. Daran glauben wir noch nicht ganz. Erneuerbare Energien weisen heute schon sinkende Kosten auf und könnten die Grundlage einer risikoarmen, klimaverträglichen und wettbewerbsfähigen Energieversorgung bilden. Es ist wichtig, dass wir jetzt die politischen Weichen stellen und Strategien entwickeln, damit unsere Region die damit verbundenen wirtschaftlichen Chancen wahrnehmen kann und wir, wenn möglich, unabhängiger vom Ausland werden. Im Hinblick auf die regionale Wertschöpfung sollten wir den Ausbau der eigenen regionalen Stromerzeugungskapazitäten aus erneuerbaren Energien unterstützen. Dies gibt unserem Kanton auch volkswirtschaftliche Chancen. Wir stellen erfreut fest, dass die Wirtschaft gegenüber neuen erneuerbaren Energiemöglichkeiten relativ aufgeschlossen ist. Die Mehrheit der FDP-JF-CVP-Fraktion befürwortet deshalb die

Stossrichtung der Regierung und die Strategievariante 2, die die regionale Wertschöpfung im Auge behalten will. Wir haben mehrheitlich von der Orientierungsvorlage und der darin aufgezeigten Stossrichtung in befürwortendem Sinn Kenntnis genommen, auch wenn wir dies dann gemäss Empfehlung des Ratspräsidenten in zwei Sätze aufteilen. Wir befürworten auch die Abschreibung des Postulates Nr. 2009/5 von Thomas Wetter.

Die Erklärungen der Spezialkommission zu den Massnahmen verstehen wir als Vorschläge für eine Stossrichtung. Die Regierung ist frei in der Umsetzung und wird, wo nötig, ein gesundes Mass an Sorgfalt und Umsicht walten lassen. Die Formulierung bei der Erklärung S2 scheint nicht allen adäquat. Hier wird aus unseren Reihen noch ein Änderungsantrag gestellt werden. Die Erklärungen der Spezialkommission zu den energiepolitischen Vorstössen können wir mittragen; den Postulanten und Motiönären machen wir beliebt ihre Postulate zurückzuziehen.

Urs Capaul danke ich für die umsichtige und gute Leitung der Spezialkommission. Das war nicht unbedingt leicht, da es sich um ein sehr komplexes Thema handelt.

Markus Müller (SVP): Ich weiss nicht, ob ich dem Wunsch von Kantonsratspräsident Hans Schwaninger nachkommen kann. Denn ich habe gestern etwas anderes gemacht, als Sonntagsreden zu schreiben.

Den Ausführungen von Regierungsrat Reto Dubach stimme ich mehrheitlich zu. Insbesondere bin ich froh, dass er nochmals darauf hingewiesen hat, dass wir nicht von einem eigentlichen Ausstieg aus der Kernenergie sprechen. Ich habe mir sehr viel Mühe gegeben und mir die Lunge aus dem Leib geredet, um ihn davon zu überzeugen. Schon zu Beginn habe ich die Meinung vertreten, dass wir nicht von einem Ausstieg des Kantons Schaffhausen aus der Kernenergie sprechen können, weil wir meines Wissens kein Atomkraftwerk besitzen und auch nie eines haben werden. Demnach, meine Vorrednerin hat es bereits erwähnt, sprechen wir von der Substitution der Kernenergie im Kanton, vor allem von der dezentralen Produktion von Energie und schliesslich auch von Energieeinsparungen.

Meiner Meinung nach hatten wir eine gute vorberatende Kommission. Nun müssen wir aber sehr aufpassen, dass wir die gute Kommissionsarbeit hier im Rat nicht kaputt beziehungsweise auf gut Deutsch zur Sau machen. Schliesslich geht es vor allem um die Befürwortung der Stossrichtung. Urs Capaul kann noch lange eine Abstimmung unter Namensaufruf verlangen; das ändert schliesslich nichts am Abstimmungsergebnis. Bereits in der Kommission hat sich eine Mehrheit für eine reine Kenntnisnahme ausgesprochen, obwohl ich nicht weiss, ob dies immer noch so ist. Denn dieser Bericht enthält sehr viele Elemente beziehungs-

weise Massnahmen, denen wir nicht einfach einen Blankoscheck erteilen wollen. Die Gefahr besteht – nach der Vorlage zum Agglomerationsprogramm bin ich ein gebranntes Kind –, dass unsere Zustimmung als Blankoscheck verstanden wird und uns dies nachher in der Umsetzung immer wieder vorgehalten wird. In der Vorlage sind sehr viele Massnahmen enthalten, denen wir im Detail nicht zustimmen werden. Beispielsweise lehnen wir den Zertifikathandel ab, da wir ihn für unsinnig und eine Augenschere halten. Auch einer ausserkantonalen Investition oder einer Investition im Ausland werden wir kaum zustimmen; denn es ist sehr wichtig, dass wir im Kanton investieren und produzieren. Diese Philosophie verfolgt inzwischen auch die Appo. Regierungsrat Reto Dubach hat uns das immer wieder bestätigt. Zudem wird es auch eine Ökosteuern oder eine Lenkungsabgabe in unseren Reihen schwer haben. Schliesslich müssen wir im Detail darüber beraten und nun keine pauschale Diskussion führen, die wir dann x-mal wiederholen werden. Ausserdem würde ich es falsch finden, wenn wir nun im Rat die ganze Diskussion, die bereits in der Kommission stattgefunden hat, wiederholen würden. Dazu würde der heutige Morgen sowieso nicht ausreichen und es würde auch nichts dabei herauskommen.

Kommissionspräsident Urs Capaul weiss, dass ich ein Befürworter einer Begleitgruppe für die Umsetzungsphase bin. Genau das ist wahrscheinlich schliesslich die Lösung. Ich habe in der Kommission einen entsprechenden Antrag gestellt und halte auch daran fest. Das ist eine gute Sache.

Was ist nun in der Kommission passiert? Eine Mehrheit der Kommission will der Regierung keinen Blankoscheck erteilen und spricht sich lediglich für die Kenntnisnahme aus. Erst, wenn konkrete Vorlagen vorliegen, diskutieren wir diese im Detail und lehnen sie ab oder stimmen ihnen zu. Dies muss uns die Linke zugestehen, so wie wir es ihr auch bei ESH3 zugestehen. Nachdem die Kommission nun die Zustimmung aus dem Antrag der Regierung gestrichen hatte, schlug Regierungsrat Reto Dubach vor, die Orientierungsvorlage in befürwortendem Sinn zur Kenntnis zu nehmen. Die Meinung war aber ganz klar, dass es darüber keine Abstimmung geben wird. Deshalb bin ich über die Ausführungen von Staatsschreiber Stefan Bilger doch etwas verwundert. Eigentlich hätte ich erwartet, dass diese Problematik bereits in der Kommission vom ehemaligen Staatsschreiber und heutigen Regierungsrat, Reto Dubach, angesprochen worden wäre. Ich gehe davon aus, dass ihm diese bekannt war. Dann hätte er aber mit gezinkten Karten gespielt.

Ich weiss nicht, wie die Diskussion jetzt verlaufen wird. Wir werden aber beantragen, das Wort «befürwortend» zu streichen und den Bericht lediglich zur Kenntnis zu nehmen, und zwar so, wie wir es bisher mit solchen Berichten gemacht haben. Sollte es dennoch zu einer Abstimmung über

diese allgemeine Erklärung kommen, ist die Chance gross, dass sie abgelehnt wird und wir stehen dann vor einem Scherbenhaufen und senden ein schlechtes Signal gegen aussen aus. Nehmen wir den Bericht lediglich zur Kenntnis, können unsere Fraktionen wahrscheinlich mehrheitlich dahinterstehen, womit wir viel mehr gewinnen.

Theresia Derksen hat auf die Erklärung zu S2, betreffend den Zusammenschluss der Stromunternehmen im Kanton, hingewiesen. Fusionen und Zusammenarbeit sind sehr wichtig, auch um finanzielle Mittel freispielen zu können. Zudem ist es ein Unsinn, in unserem kleinen Kanton, der nicht einmal die Grösse der Stadt Winterthur hat, drei Werke zu betreiben: die EKS AG mit dem Verteilnetz, die Städtischen Werke mit einer Produktion und der Verteilung und das Werk Hallau. Das ist ineffizient, kostenintensiv und das Geld versickert irgendwo. Bei einem Zusammenschluss würden wir sehr viel gewinnen.

Ich appelliere an Sie, sich in der Diskussion vor Augen zu halten, was wir riskieren und was wir gewinnen. Meiner Meinung nach sollten wir auf den Kommissionsbeschluss zurückkommen und den Bericht lediglich zur Kenntnis nehmen. Das ist zumindest die eindeutige Meinung der bürgerlichen Kreise. Lassen wir doch das Geschäft so lieber in Ehren weiterleben, als es in Unehren sterben zu lassen.

Erwin Sutter (EDU): Die ganze Vorlage basiert auf zwei Grundpfeilern: Erstens auf dem von Bundesbern beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie, der für den Titel der Vorlage 1 zu 1 übernommen wurde und zweitens auf der INFRAS-Studie, die aufzeigt, wie der Kanton Schaffhausen aus dem Dilemma als Verbraucher von Strom, der zu 66 Prozent aus Kernenergie besteht, was gesamtschweizerisch weit überdurchschnittlich ist, in eine atomstromfreie Zukunft gelangen kann.

Heute ist ein Neubau von Kernkraftwerken politisch nicht durchsetzbar; zu stark sind noch die psychologischen Folgen der Fukushima-Katastrophe. Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, wo unser Kanton heute bezüglich Stromherkunft steht: rund 66 Prozent Kernenergie, rund 32 Prozent Wasserenergie, übrige erneuerbare Energien 1,4 Prozent. Auf Kantonsgebiet wird vor allem Strom aus Wasserenergie produziert, dazu kommen mickrige Anteile aus lokal produziertem Fotovoltaikstrom und Strom aus Biogasanlagen. Der grösste Teil wird demnach von ausserkantonalen Quellen importiert; dies basiert auf langfristigen Verträgen mit der Axpo.

Zum Bericht der INFRAS: Der Bericht wurde im Mai 2011 fertig gestellt, also noch vor Fukushima. Er ist in unserer kurzlebigen Zeit bereits überholt. So gehen die Meinungen weit auseinander, wie sich die Strompreise, je nach angenommenem Szenario, entwickeln werden. Meines Erachtens wurden die Gestehungskosten für Strom aus neuen erneuer-

baren Energien viel zu optimistisch eingeschätzt, auch wenn berücksichtigt wird, dass die Strompreise generell ansteigen werden. Das ist eine Tatsache, der wir alle ins Auge blicken müssen. Eine weitgehend autarke, lokale Stromerzeugung mit darauf basierenden Strompreisen ist für Schaffhausen illusorisch, da die Strommarktliberalisierung dann zu einem Kundenverlust bei unseren Werken führen würde.

Auch habe ich Zweifel, was die Verfügbarkeit von Strom aus neuen erneuerbaren Energien in den nächsten 25 Jahren betrifft. Hier strotzt der Bericht ebenfalls vor Optimismus. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten – und das muss oberste Priorität haben –, müssen wir ausschliesslich das Winterhalbjahr betrachten, also wenn in unserer Region wenig Sonneneinstrahlung herrscht. Eine Strategie, die sich weitgehend auf Stromimporte aus dem Ausland, egal welcher Art, und Zubau von Gaskombikraftwerken ausrichtet, kann ich nicht unterstützen. Eine starke Auslandsabhängigkeit bei der Stromerzeugung wäre für unser Land und unsere Industrie sehr gefährlich. Ein weiterer Punkt betrifft die Prognose des zukünftigen Stromverbrauchs, wofür ich auf das Votum von Theresia Derksen verweisen kann; sie hat das sehr gut ausgeführt.

Gespannt bin ich dann auf die Akzeptanz einzelner Massnahmen, wenn bekannt wird, welche Kosten sie für den einzelnen Strombezüger auslösen, oder auf die Reaktion gerade jener Kreise, die lautstark einen Kernenergieausstieg gefordert haben, wenn dann Windenergieanlagen erstellt werden sollen; eine Energieform, die nicht nur im Sommer bei schönem Wetter produktiv ist, sondern auch für einigermaßen akzeptable Preise zu haben ist.

Trotz dieser Kritik kann ich die grundsätzliche Strategie mit dem Ausbau von eigenen, regionalen Stromerzeugungskapazitäten unterstützen. Ich kann aber unmöglich ein Blanko-Ja zu allen in der Vorlage erwähnten einzelnen Massnahmen abgeben. Diese Massnahmen müssen – je nach finanzieller Zuständigkeit – in Form von einzelnen Vorlagen in den Rat oder auch vors Volk kommen und nochmals beraten werden.

Andreas Frei (SP): Die Regierung möchte denn Ausstieg aus der Kernenergie. Faktisch bedeutet dies, dass wir zwei Drittel unseres gesamten Stromverbrauchs von Atomstrom auf erneuerbare Produktionsquellen umstellen müssen. Im Moment beträgt der jährliche Stromverbrauch im Kanton 525 Gigawattstunden, wovon 66 Prozent oder 346 Gigawattstunden aus Kernkraftwerken stammen. Die Regierung will durch eine Steigerung der Energieeffizienz und die Umsetzung von anderen Stromsparprojekten den Verbrauch bis ins Jahr 2040 um 20 Prozent auf 420 Gigawattstunden senken. Wir von der SP-AL-Fraktion unterstützen den Regierungsrat bei der Umsetzung dieses ambitionierten Zieles zu 100 Prozent

und werden auf dem langen und steinigen Weg als konstruktiver aber auch fordernder Partner zur Verfügung stehen.

Neben der Wasserkraft, die heute zirka 210 Gigawattstunden deckt und in Zukunft etwa 50 Prozent des gesamten Energieverbrauchs decken soll, braucht es den massiven Ausbau von anderen erneuerbaren Energieträgern. Das grösste Potenzial hat mit 100 Gigawattstunden die Sonnenenergie. Die weiteren wichtigen Energieträger sollen die Windkraft mit 53 Gigawattstunden, die Biomasse und die Geothermie mit je 25 Gigawattstunden werden.

Wo stehen wir denn heute, wenn wir die Entwicklung der erneuerbaren Energieträger anschauen? Auf Anfrage bei der EKS AG und den Städtischen Werken habe ich folgende Zahlen erhalten: Die Sonnenenergie weist ein Soll von 100 Gigawattstunden auf. 2011 wurden 1,4 Gigawattstunden produziert, was also 1,4 Prozent entspricht. Die Windenergie verfügt über ein Potenzial von 53 Gigawattstunden; 2011 wurden 0,25 Gigawattstunden produziert, also 0,5 Prozent. Geothermie ist im Moment im Kanton noch gar nicht vorhanden. Bei der Biomasse sieht es hingegen schon fast erfreulich aus: Bei einem Soll von 25 Gigawattstunden wurden 2011 1,9 Gigawattstunden produziert, was 7,6 Prozent entspricht. Führen wir uns diese Zahlen vor Augen, wird wohl jedem klar, dass es grosse Anstrengungen braucht, um die Ziele erreichen zu können und ein paar «grüne» Lippenbekenntnisse dazu definitiv nicht genügen.

Um diese ambitionierten, aber auch äusserst wichtigen Ziele zu erreichen, braucht es eine Vielzahl wichtiger Massnahmen, die in dieser Vorlage umschrieben wurden. Ich möchte Ihnen aus Sicht der SP-AL-Fraktion die vier wichtigsten Massnahmen nennen: Die definierten Ziele sollen nicht mit dem Kauf von Stromzertifikaten erreicht werden, sondern mit regionalen und überregionalen Produktionsanlagen, denn nur diese Strategie ist ein produktiver Beitrag zur Problemlösung. Das kantonale Elektrizitätswerk, die städtischen Werke sowie das Werk Hallau sind ganz oder in Teilen zusammenzulegen. Gemeinsam können die vielfältigen Aufgaben effizienter gelöst werden. Die Bildung eines Projektausschusses zur Steuerung und Koordination des Projektes Kernausstieg ist wichtig und richtig. Aber aus unserer Sicht das absolut Wichtigste sind die Massnahmen F2 und F3, die kantonale Förderabgabe auf Strom und damit die Schaffung eines kantonalen Stromsparfonds. Das folgende Rechenbeispiel zeigt Ihnen auf, was es bedeutet, wenn wir eine Kilowattstunde um 1 Rappen verteuern, also zusätzliche Abgaben für den Bezüger schaffen. Beim heutigen Verbrauch von 525 Gigawattstunden sind dies 5,25 Mio. Franken, die jährlich in den Energiesparfonds fliessen könnten. Gemäss Unterlagen, die wir von der Regierung erhalten haben, wurden 2011 energiefördernde Massnahmen mit 1,5 Mio. Franken unterstützt. Mit einer Förderabgabe könnten wir erstens den Energiesparfonds

kostenneutral finanzieren und zweitens die Fördermittel um den Faktor 3 bis 4 erhöhen, ohne dass dadurch unzumutbare Mehrbelastungen für die Stromkunden entstünden. Eine Familie würde so etwa 5 Franken mehr pro Monat bezahlen. Bereits meine Vorredner haben darauf hingewiesen, dass in Zukunft sowieso höhere Energiepreise zu erwarten seien, da die Kostenwahrheit beim Atomstrom bis anhin nicht gewährleistet gewesen sei. Ohne die Einführung einer Energieförderabgabe auf Strom, wird der Zug Richtung Ausstieg aus der Kernenergie nicht genügend Fahrt aufnehmen und die hoch gesteckten Ziele können niemals erreicht werden. Die Mitarbeiter der Energiefachstelle würde man dann gescheiter frühpensionieren. Das wäre wahrscheinlich billiger, aber vor allem auch ehrlicher. Wir sind bereit, die nötigen Schritte einzuleiten und den aufgezeigten Weg konsequent weiter zu gehen.

Es gibt gute Gründe, weshalb die Energiewende umgesetzt werden muss: Sicherheitslücken bei den Atomkraftwerken, ungelöste Entsorgungsprobleme und so weiter. Aber es gibt auch einen wirtschaftlichen Grund, weshalb wir das sofort anpacken sollten. Um uns herum fährt der Zug bereits mehr oder weniger schnell in diese Richtung. Wenn wir uns nun noch lange den Luxus leisten, dem Zug zuzuschauen, wie er uns davon fährt, dann steht unser lokales Gewerbe im Abseits. Denn obwohl die technischen Komponenten aus überregionaler oder internationaler Produktion stammen, werden sie schliesslich vom lokalen Gewerbe verarbeitet. Wenn aber unsere Handwerksbetriebe die nötigen Erfahrungen nicht vorweisen können, werden sie bald vom Markt verdrängt werden. Ich bitte Sie, diese Orientierungsvorlage in zustimmendem Sinn zur Kenntnis zu nehmen.

Martina Munz (SP): Wir müssen heute zum Atomausstieg Farbe bekennen und ein Bekenntnis zur Energiewende und zur Stromproduktion mit möglichst kleinem CO₂-Ausstoss abgeben. Mit einem Ja zum Ausstieg aus der Atomenergie und zur Energiewende sind wir auch glaubwürdig im Kampf gegen das drohende Atommüll-Lager in unserer Region. Ich weise die SVP darauf hin, dass sie bereits schon Plakate an den Strassenrand gestellt hat. Darauf ist zu lesen: «Kein Atommüll-Lager vor unserer Haustüre.» Wenn Sie im Kampf gegen ein Atommüll-Lager glaubwürdig sein wollen, dann müssen auch wir uns bewegen und ebenfalls unseren Beitrag zur Energiewende leisten. In diesem Zusammenhang habe ich mich sehr über das Fraktionsvotum von Theresia Derksen gefreut, die darin das klare Bekenntnis abgegeben hat, dass sie sich bewegen wollen. Aus diesem Grund werde ich nachher den Antrag stellen, die Erklärung wie folgt zu formulieren: «Der Kantonsrat stimmt der Strategie zum Ausstieg aus der Kernenergie zu.» Dazu müssen wir Ja oder Nein sagen.

Für diese klare Formulierung gibt es drei wichtige Gründe: 1. Der Titel der Vorlage heisst «Orientierungsvorlage betreffend Strategie zum Ausstieg aus der Kernenergie». Diesem Titel müssen wir auch gerecht werden und dem Inhalt entsprechend zustimmen. Es ist also nur logisch, diese Formulierung wieder aufzunehmen. 2. Die Regierung hatte sich in ihrem Antrag für diese Formulierung entschieden. Es gibt keinen Grund, diese Formulierung abzuschwächen, zumal die Regierung aus vier bürgerlichen Vertretern zusammengesetzt ist und auch für die nächste Legislatur zusammengesetzt bleibt. Ihr Vorschlag ist schon milde genug. 3. Eine Strategie zeichnet einen konkreten Weg auf, der auch konzeptionelle Elemente enthalten wird. Eine Stossrichtung ist bestenfalls eine Willensbekundung. Der wesentliche Punkt aber ist der folgende: Es nützt absolut niemandem etwas, wenn Sie sich hinter einer «Wischiwaschi»-Formulierung verstecken, die letztlich nur zu Unsicherheit führt und keinerlei Planungssicherheit für unser Gewerbe und die kantonalen Ämter bietet.

Ich bin mir bewusst, dass es sich bei dieser Vorlage um eine Nagelprobe handelt. Mit Ihrer Zustimmung können dazu im Baudepartement, bei der Energiefachstelle, aber auch bei der EKS AG umfassende Vorbereitungen getroffen werden. Als Beispiel erwähne ich hier nur die dringliche Aufgabe, eine Förderabgabe mit entsprechendem Energiefonds einzuführen. Sie alle rufen immer nach mehr Effizienz in der Verwaltung und Sie alle wollen auch sparen. Ich rufe Sie auf, hier und jetzt Farbe zu bekennen. Zeigen Sie dies mit Ihrer Unterstützung oder mit Ihrer Ablehnung. Es macht keinen Sinn, der Verwaltung diese grosse Aufgabe zu übergeben, wenn Sie jetzt schon wissen, dass Sie eine Förderabgabe auf immer und ewig ablehnen werden. Seien Sie deshalb jetzt ehrlich. Denn die Strategie basiert – und das ist meiner Meinung nach die wichtigste Massnahme –, auf der Förderabgabe und damit auf dem erweiterten Förderprogramm, das auf dem Fonds basiert. Wenn Sie dazu Nein sagen wollen, dann müssen Sie meine klare Formulierung jetzt ablehnen. Sonst geben wir der Verwaltung unsinnige Aufträge. Mit meinem Antrag müssen Sie sich deutlich zur Strategie der Regierung bekennen und helfen damit, Leerläufe in der Verwaltung – verbunden mit hohen Kosten – zu verhindern.

Die Grosskraftwerkbesitzer in unserem Land haben über Jahre die Energiepolitik dominiert und Fortschritte bei der erneuerbaren Energie und den Effizienzmassnahmen blockiert. Als Technologie- und Know-how-Träger sind wir in der Schweiz von einer Leaderposition in das hintere Mittelfeld abgerutscht. Jetzt nehmen wir endlich wieder Fahrt auf. Den Anschluss dürfen wir nicht mehr verpassen. Jedes Solarpanel, jede Fotovoltaik- oder Biogasanlage ist ein Botschafter für eine umweltfreundliche Energiegewinnung. Ein grosser Anteil jedes dafür investierten Frankens bleibt hier in der Region. Die Energiewende ist deshalb eine Chance, Wertschöpfung für unsere eigene Region zu generieren.

Die Schaffhauser Bevölkerung erwartet Antworten auf Energiefragen. Die Energiewende und der Einstieg in eine sinnvolle Energiezukunft mit ihren vielfältigen Innovationen können aber nur über den Atomausstieg gelingen. Die Energiewende ist kein Wagnis, sondern eine notwendige Investition in eine langfristige, umweltfreundliche Energieproduktion. Sie wird die innovativen Kräfte stärken und Schub in die Region bringen. Für diese Ziele müssen wir uns im Grundsatz jetzt entscheiden.

Ich möchte hier Erich Gysels Spruch von der diesjährigen «Schaffhauser Wiiprobe» aufnehmen: «Wenn keiner was tut, dann tut sich nie etwas – und wenn keiner was darf, geht nichts.» Den Spruch müssen wir aber ändern. Jammern und Klagen ist hier fehl am Platz. Ich rufe Sie auf zu mehr Mut: «Wenn keiner was tut, dann tut sich nie etwas – wenn keiner was wagt, geht nichts.» Vielleicht kann Erich Gysel mit dem Rat diesen Spruch vor der Abstimmung noch intonieren. Ist er dann allen Kantonsrätinnen und Kantonsräten in Fleisch und Blut übergegangen, dann werden Sie sicher meinem Antrag zustimmen.

Christian Heydecker (FDP): Die Basis dieser Vorlage ist der Vorfall in Fukushima, bei dem uns die Risiken der Kernenergie wieder vor Augen geführt worden sind. Ziel der gesamten Strategie ist es, die Risiken der Kernenergie zu vermindern. Im Bericht wird aufgezeigt, wie der Kanton Schaffhausen mit dieser Strategie die Risiken vermindern beziehungsweise einen Beitrag dazu leisten kann. Regierungsrat Reto Dubach hat das noch einmal dargelegt.

Auf Seite 10 der Orientierungsvorlage findet sich meines Erachtens der zentralste Satz: «Die physikalische Versorgung erfolgt grösstenteils über den bestehenden schweizerischen Kraftwerkspark. Damit dürften die Risiken für den Kanton Schaffhausen, die mit der Nutzung von Kernkraft verbunden sind, aufgrund eines Ausstiegsentscheids nicht oder nur in geringem Masse abnehmen.» Und dann wird es noch wichtiger: «Der Kanton kann mit seinem Entscheid jedoch ein klares politisches Signal gegen die Nutzung von Kernenergie und die damit verbundenen Risiken setzen und einen Beitrag im Rahmen des für den Kanton Machbaren leisten.»

Meine Damen und Herren, darum geht es in der heutigen Debatte. Es geht um ein politisches Signal, nicht mehr und nicht weniger. Dieser Satz steht zu Recht in dieser Vorlage. Mit der Umsetzung der Strategie vermindern wir aber die Risiken für unsere Region nicht. Denn der Strom, der aus der Steckdose kommt, ist immer noch der gleiche und wird auch immer noch genau gleich produziert.

Als Politiker sträuben sich mir die Haare, wenn die Politik versucht, Signale auszusenden. Denn in der Regel kosten diese sehr viel Geld und bringen nichts. Das ist die Realität und das ist auch hier der Fall. Die vorgeschlagenen Massnahmen kosten etwas. Martina Munz hat zu Recht

darauf hingewiesen, dass die Förderabgabe der fundamentale Pfeiler der Strategie ist, denn damit soll das Ganze finanziert werden. Natürlich sind 1,5 Rappen pro Kilowattstunde nicht viel. In diesem Zusammenhang erinnere ich aber an eine Volksabstimmung im Kanton Bern vor einem Jahr, die nach Fukushima stattgefunden hat. Dabei ging es um eine kantonale Förderabgabe für Energiesparmassnahmen im Gebäudebereich in der Grössenordnung von 0,8 Rappen pro Kilowattstunde – Irrtum vorbehalten. Das Berner Stimmvolk hat dies nach dem Vorfall von Fukushima abgelehnt. Nun wollen Sie eine Förderabgabe von 1,5 Rappen pro Kilowattstunde einführen. Dieses Vorhaben wird meines Erachtens keine Chance vor dem Volk haben; dies erst recht nicht, wenn man sich vor Augen führt, was mit diesem Geld gemacht werden soll. Ein Teil davon würde in den Kauf von Zertifikaten fließen. Bis jetzt habe ich aber noch von niemandem gehört, dass er das eine gute Sache findet. Sowohl die linke Seite wie auch die SVP und Theresia Derksen und ihre Fraktion haben signalisiert, dass sie diese Massnahme nicht unterstützen. Dies zu Recht, da das wirklich Humbug ist. Auch für Ihren Ferienflug in die Karibik können Sie ein Zertifikat kaufen, sodass Sie dann für ein paar zusätzliche Franken mit einem guten Gewissen in die Ferien fliegen können. Das ist ein riesengrosser Witz.

Des Weiteren wird angeführt, dass die dezentrale Produktion von Energie volkswirtschaftliche Vorteile für unsere Region mit sich bringe und dass das Gewerbe so dann boomen werde. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, Sie an den Auftritt des CEO der Meyer Burger Technology AG im Rahmen der Wirtschaftsimpulse 2011 zu erinnern. Die Meyer Burger Technology AG ist der Star in der Clean-Tech-Szene Schweiz. Dieser Herr hat mit breit geschwollener Brust und mit seinen wunderbaren Charts von seinen Riesenerfolgen und den explodierenden Zahlen erzählt. Ein paar Monate später hat die britische Regierung beschlossen, ihre Subventionen für die Solarstromproduktion massiv zusammenzuziehen. In den paar Tagen danach hat sich der Börsenwert der Firma halbiert. Meine Damen und Herren, offenbar ist das die Wirtschaftsentwicklung, die Sie im Auge haben. Meines Erachtens mutet dies wie eines dieser linken Wirtschaftsimpulsprogramme an. Das sind nur Strohfeuer und diese Entwicklung ist nicht nachhaltig. Zudem werden damit einfach staatliche Gelder verbrannt.

Ich bin froh, dass der Antrag gestellt wurde, der Bericht sei lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Dies werde ich selbstverständlich tun. Der Bericht enthält interessante und wichtige Aspekte und auch Massnahmen, die ich unterstütze. Ich werde aber mit Sicherheit keinem Antrag zustimmen, der eine Zustimmung zu dieser Orientierungsvorlage verlangt.

Christian Ritzmann (JSVP): Gerne lasse ich mich von erfahrenen Ratsmitgliedern belehren. Martina Munz hat bereits in ihrem Eintretensvotum einen Antrag gestellt. Deshalb werde auch ich dies an dieser Stelle tun. Ich beantrage Ihnen, Teil B der Erklärung, wonach der Kantonsrat die Stossrichtung befürwortet, ersatzlos zu streichen. Sofern Sie meinem Antrag zustimmen, nimmt der Kantonsrat zwar die Orientierungsvorlage zur Kenntnis, verzichtet hingegen auf eine allgemeine Würdigung. Neu soll es also heissen: «Der Kantonsrat nimmt die Orientierungsvorlage zur Kenntnis.»

Lassen Sie mich bitte meinen Antrag, in Ergänzung zu den Ausführungen von Erwin Sutter, Christian Heydecker und auch Markus Müller, kurz begründen. Die Orientierungsvorlage an sich finde ich zu weiten Teilen eine gute Vorlage. Es ist richtig, dass sich unser Kanton Gedanken macht und versucht Lösungen aufzuzeigen, wie wir in Schaffhausen unsere Energieversorgung ohne Atomstrom sicherstellen können. Bei diesem handelt es sich meiner Meinung nach um ein Auslaufprodukt. Langfristig wird es kaum noch Mehrheiten für den Neubau von Atomkraftwerken geben. Dies müssen wir akzeptieren und ich persönlich kann damit sehr gut leben.

Ich halte es allerdings für grundfalsch, wenn wir mit einer allgemeinen Würdigung dem Regierungsrat einen Blankoscheck in der Energiepolitik ausstellen würden. Aus meiner Sicht ist die vorliegende Orientierungsvorlage nicht mit den vorangegangenen zum Sicherheitszentrum oder den Spitälern Schaffhausen vergleichbar, bei denen wir einem konkreten Planungskredit zugestimmt haben. Diese Orientierungsvorlage beinhaltet keinen konkreten Antrag. Das Gras muss zuerst wachsen, bevor es die Kuh fressen kann. Leider ist hier aber das Gras noch nicht einmal gewachsen. Wir wissen eigentlich noch gar nicht, über was wir genau abstimmen. Die Diskussion auf Bundesebene zeigt mir, wie schwierig die Umsetzung des Atomausstiegs ist. Es ist eine gewaltige Herausforderung, der wir uns als Politiker auf allen Ebenen stellen müssen. Mit Planungserklärungen, die gemäss Staatschreiber Stefan Bilger keinen verbindlichen Charakter haben, können wir das Problem nicht lösen. Ich danke Ihnen für die Unterstützung meines Antrags.

Georg Meier (FDP): Etwas verwundert nehme ich den Antrag von Martina Munz zur Kenntnis, zur regierungsrätlichen Formulierung zurückzukehren. Die Kommission hat mit 11 zu 0 dem nun vorliegenden Kompromissvorschlag zugestimmt. Auch Markus Müller hat vor Martina Munz versucht, den Kommissionsantrag umzustossen. Ich frage mich: Wo bleibt hier die Glaubwürdigkeit?

Martin Kessler (FDP): Meines Erachtens will uns Martina Munz jetzt die Katze im Sack verkaufen. Auch Thomas Wetter hat Schalmeienklänge über die Wirtschaft ertönen lassen. Ich wäre an anderer Stelle wirklich froh, es würde auch so klingen. Aber leider ist es meistens anders.

Das Gewerbe wird von einer Umstellung auf die Produktion von erneuerbarer Energie durchaus profitieren können. Aber nur einige Betriebe werden dies tun können. Meine Damen und Herren, machen Sie sich diesbezüglich keine Illusionen. Die produzierende Industrie hat ihren Sitz nicht im Kanton Schaffhausen. Das gesamte Material für die Fotovoltaikanlagen wird in Asien produziert. Fast sämtliche deutschen Produktionsbetriebe haben ihre Produktion eingestellt, nachdem – wie bereits mehrfach erwähnt – der Subventionshahn zugedreht wurde. Der Kanton Schaffhausen kann weder die Welt retten, noch wird er den Atomausstieg für die Schweiz in die Wege leiten können. Es ist eine Herkulesaufgabe, den Kanton Schaffhausen komplett mit erneuerbarer Energie zu versorgen. Das hat Christian Ritzmann bereits angetönt.

Zur Zusammenlegung des kantonalen Elektrizitätswerks und der Städtischen Werke: Schauen Sie einmal auf die Tribüne. Weiter auseinander könnten die beiden Vertreter gar nicht sitzen. Dazwischen befindet sich sogar noch der Vertreter der Energiefachstelle. Eine Fusion wäre ein Riesenschritt.

Aus diesem Grund warne ich Sie davor, das Kind jetzt mit dem Bade auszuschütten. Ich habe einen harten innerlichen Kampf mit mir selbst geführt, damit ich in der Kommission dieser Formulierung zustimmen konnte. Wenn wir versuchen, noch weiter zu gehen, provoziert dies meiner Ansicht nach nur einen Scherbenhaufen.

Daniel Fischer (SP): Über die Horrorszenarien der rechten Seite, die im Falle einer Zustimmung zum Strategiepapier eintreten könnten, bin ich etwas erstaunt. Zudem überrascht es mich, dass in den letzten paar Wochen und Monaten plötzlich etliche Politiker den Ausstieg vom Ausstieg praktizieren wollen. Einige scheinen bereits Energie gespart zu haben; Energie beim Nachdenken über diese Vorlage. Überlegen Sie sich mal, wie dieses Zurückkriechen in der Bevölkerung ankommt. Thomas Wetter hat seinen Vorstoss vor fünf Jahren eingereicht. Das sind fast schon Verhältnisse wie bei der Abzockerinitiative von Thomas Minder. Vor drei Jahren hat der Kantonsrat das Postulat Nr. 2009/5 mit 36 zu 17 an die Regierung überwiesen. Und vor einem Jahr beantragte der Regierungsrat dem Rat, der Vorlage «Ausstieg aus der Kernenergie» zuzustimmen. Nun krebst man zurück.

Bereits die Spezialkommission hat die ursprüngliche Formulierung verwässert. Christian Heydecker und andere wollen die Orientierungsvorlage nun nur noch zur Kenntnis nehmen; eine Zustimmung zu einer Kenntnis-

nahme degradieren – wahrlich eine glaubwürdige Politik. Kaum sind die Wogen von Fukushima einigermassen geglättet, krebst man zurück. Aber Fukushima ist nicht vorbei. Die Auswirkungen sind weiterhin spür- und sichtbar. Verstrahlte Fische kennen keine Landesgrenzen. Mutierte Pflanzensamen haben die Lufthoheit, Markus Müller, und kennen auch keine Landesgrenzen. Zufälligerweise habe ich heute ein paar Bilder dabei, die in den letzten Wochen und Monaten vor Ort aufgenommen wurden. Sie zeigen beispielsweise Blumen mit mehreren Blütenköpfen, mutierte Klementinen und Schwalben, die statt schwarzweiss, eine fade Farbe haben. Auch ein Bild von einem Thunfischfang vor der mexikanischen Küste habe ich Ihnen mitgebracht, damit Sie sehen, dass die Landesgrenzen für verstrahlte Tiere keine Geltung haben. Ausserdem habe ich ein Bild dabei, das einen überlebenden Goldfisch in Fukushima zeigt. So hat das Kind ihn vorgefunden. Die Folgen von Fukushima sind weiterhin spür- und sichtbar. Bleiben Sie also bitte standhaft und stimmen Sie dem Aus- oder Umstieg, wie auch immer Sie es nennen wollen, zu. Die künftigen Generationen werden es uns danken.

Regierungsrat Reto Dubach: Die Aussage von Martin Kessler zur EKS AG und den Städtischen Werken beziehungsweise deren Distanz zueinander auf der Tribüne, hat mich dazu bewogen, nochmals das Wort zu ergreifen. Ich stelle fest, dass deren Vertreter immerhin auf der gleichen Tribüne sitzen. Vor einiger Zeit wäre das noch nicht denkbar gewesen. Man muss das Positive sehen und nicht das Negative.

Dasselbe gilt auch für diese Orientierungsvorlage. Ich bedanke mich für die bisherigen Voten und möchte darauf hinweisen, dass die Kommission einen Kompromissvorschlag gefunden hat, hinter dem alle Parteien stehen konnten.

Zu Markus Müller: Auch die Kommission hat am Schluss ihrer Beratungen über diese Formulierung abgestimmt. Daher sehe ich keinen Grund, weshalb der Kantonsrat dies nicht auch tun sollte. Es ist logisch, dass es zu einer Abstimmung kommt, wenn man etwas nicht nur zur Kenntnis, sondern in befürwortendem Sinne zur Kenntnis nimmt. Die Kommission hat sich zu diesem Kompromiss zusammengerauft und auf die «Zustimmung» zur Strategie verzichtet. Deswegen bitte ich Sie, bei diesem Kompromiss zu bleiben und ihn nicht vordergründig aus formellen Gründen infrage zu stellen. Schliesslich war und ist es das Ziel, ein politisches Signal auszusenden, nicht nur vom Regierungsrat, sondern vom höchsten Gremium des Kantons. Damit soll auch der Regierung der Rücken gestärkt werden.

Martina Munz hat gesagt, wer die Förderabgabe ablehne, dürfe auch nicht die Strategie befürworten. Das möchte ich bezweifeln. Klar ist die Förderabgabe ein zentrales Element der Strategie, aber der Kantonsrat

könnte beispielsweise auch zum Schluss kommen, dass der Fördertopf mit Staatsmitteln gespiesen werden soll, was aber keineswegs der Haltung der Regierung entsprechen würde. Der Kantonsrat ist in der Festlegung der Finanzierung der Förderprogramme frei. Genau dies wird Gegenstand der noch auszuarbeitenden Vorlage sein. Dementsprechend können alle der Stossrichtung der Strategie zustimmen, auch diejenigen, denen eine Förderabgabe im Moment noch Mühe bereitet.

Und was genau ist die Stossrichtung? Die Stossrichtung ist nichts anderes, als dass wir im Verlaufe der nächsten 20 bis 30 Jahre 340 Gigawattstunden Kernenergie durch erneuerbare Energie ersetzen wollen. Ich möchte den Skeptikern in Erinnerung rufen, dass mit der Bereinigung durch die Kommission nicht mehr der Strategie zugestimmt beziehungsweise sie nicht mehr befürwortet wird. Somit kauft man nicht die Katze im Sack, denn damit werden aus meiner Sicht nicht die einzelnen Massnahmen befürwortet. Diesen Bedenken haben wir Rechnung getragen, indem nur der «Stossrichtung der Strategie» zugestimmt werden sollte. Da aber einige Kreise auch mit der Zustimmung Mühe bekundeten, hat die Kommission die «Zustimmung» durch die «Befürwortung» ersetzt.

Der Rechtsberater des Kantonsrates hat darauf hingewiesen, dass aus formellen Gründen nicht in befürwortendem Sinne von der Stossrichtung der Strategie Kenntnis genommen werden könne, weshalb nun zwei separate Anträge gestellt werden und der Rat die Stossrichtung der Strategie befürworten soll. Langsam aber sicher ist das eine Wortklauberei und ein Streit um des Kaisers Bart. Damit sollten wir uns nicht länger auseinandersetzen, sondern die rechtliche Bereinigung vornehmen und die Stossrichtung der Strategie befürworten. Insofern bitte ich die SP-AL-Fraktion ihren Antrag in der Pause doch zu überdenken, sodass wir nachher Ja zum Kompromiss sagen und gemeinsam die nächsten Schritte einleiten können.

Wir müssen glaubwürdig bleiben, meine Damen und Herren. Wir können uns nicht gegen ein Tiefenlager in unserer Region wehren und gleichzeitig die Kernenergie nicht aufgeben wollen. Mit der Befürwortung der Stossrichtung der Strategie sendet die Region Schaffhausen das richtige Signal aus. Für Ihre Zustimmung zum Kommissionsantrag danke ich Ihnen.

Markus Müller (SVP): Das letzte Votum von Regierungsrat Reto Dubach will jetzt schon noch kommentiert werden, denn damit hat er genau gezeigt, was schliesslich aus seiner Sicht gemeint ist. Das ist aber weder im Sinn der Kommission noch in unserem Sinn. Er hat klar gesagt, dass jetzt noch nicht über die Finanzierung gesprochen oder entschieden wird. Dafür sei vielleicht auch gar keine Lenkungsabgabe oder Ökosteuer nötig; vielmehr könne die Finanzierung aus allgemeinen Staatsmitteln erfol-

gen. Er hat nicht angetönt, dass gewisse Punkte nochmals diskutiert werden. Aber genau das ist unsere Befürchtung, nämlich dass wir mit einem Ja einem Haufen von Massnahmen zustimmen, die uns sehr viel Geld kosten werden. Es ist richtig, dass wir zum Teil etwas investieren müssen. Hat man Regierungsrat Reto Dubach vorher genau zugehört, so ist er klar der Ansicht, dass mit einem Ja dem ganzen Massnahmenpaket zugestimmt wird. Lediglich die Finanzierung wird dann nochmals diskutiert werden. Bezahlen müssen wir es aber so oder so.

Noch zu Georg Meier: Ich habe keinen Antrag gestellt. Das war Christian Ritzmann. Ich will aber zum ursprünglichen Vorschlag der Kommission zurück. Der Vorschlag von Staatsschreiber Stefan Bilger entspricht nicht mehr der Meinung der Kommission. Wenn Sie nun plötzlich umschwenken und dem ganzen Paket an Massnahmen zustimmen wollen, dann ist das gut. Aber wir wollen das wahrscheinlich nicht und darum geht es. Werfen Sie mir deshalb bitte nicht vor, ich würde umkippen und Anträge stellen, was ich gar nicht getan habe.

In diesem Zusammenhang vergleiche ich die Situation nochmals mit dem Sparprogramm ESH3. Dort wird diskutiert und es werden Punkte herausgestrichen, aber auch welche hinzugefügt. Das haben wir bei dieser Orientierungsvorlage bewusst nicht gemacht, da wir gewusst haben, dass wir den Bericht zur Kenntnis nehmen, ihm aber nicht zustimmen werden. Ansonsten hätten wir natürlich gewisse Punkte gestrichen, beispielsweise den Zertifikathandel. Ich weiss, dass viele Leute, auch Andrea Paoli von der Energiefachstelle, dazu eine andere Meinung haben als ich. Ich stimme diesbezüglich aber mit Christian Heydecker überein und halte dies für Augenwischerei; ebenso wie die CO₂-Kompensation im Luftverkehr. Damit können wir zwar unser Gewissen rein waschen, aber dies geschieht so offensichtlich, dass es kein rein Waschen mehr ist. Ich würde mir auch nicht anmassen, von Ihnen im Gegenzug zu verlangen, unbenommen dem ESH3-Paket zuzustimmen. Das wäre widersinnig. Aber in diesem Fall verlangen Sie genau das von uns. Daher bitte ich Sie, beim Antrag der Kommission zu bleiben. Sollten wir damit unterliegen, ist es halt so. Die Stunde der Wahrheit wird dann in ein paar Jahren kommen.

Matthias Freivogel (SP): Gerne möchte ich versuchen, die Sache etwas zu klären, Markus Müller: Nehmen wir die Orientierungsvorlage nur zur Kenntnis so treten wir an Ort und Stelle. Der Regierungsrat spricht zu Recht und bewusst auf Seite 3 von einem Grundsatz- beziehungsweise Richtungsentscheid. Wir müssen der Regierung nun eine Stossrichtung vorgeben, ansonsten kann sie gar nicht weiterarbeiten.

Zum Vergleich von Christian Ritzmann mit der Kuh und dem Gras: Das Gras, das die Kuh fressen soll und das zuerst wachsen muss, muss zu-

allererst auch gesät werden. Den Boden für unser Gras bildet die Stossrichtung dieser Vorlage. Wir müssen nun das entsprechende Signal aussenden, also den Richtungsentscheid fällen, den sich die Regierung von uns wünscht. Letztlich ist wohl der Kommissionsantrag mehrheitsfähig und wird es auch bleiben. Diesbezüglich möchte ich nun die Kommissionsmitglieder beim Wickel nehmen: Bleiben Sie bei dem, was Sie entschieden haben. Damit sind aber auch alle anderen im Saal gemeint. Und wenn Sie aus einem Satz nicht mehr zwei Sätze machen oder sie nicht mehr verstehen können, dann verstehe auch ich nichts mehr!

Martina Munz (SP): Ich werde meinen angekündigten Antrag nicht stellen. Meine Fraktion hat sich dahingehend geeinigt, dass sie mit der von Staatsschreiber Stefan Bilger vorgeschlagenen Formulierung leben kann. Markus Müller, bei diesem Geschäft handelt es sich um eine Orientierungsvorlage und nicht um eine Vorlage im allgemeinen Sinn. Demnach stimmt es nicht, dass wir mit der Befürwortung der Regierung einen Blankoscheck erteilen. Ich bin aber der Ansicht, dass die Förderabgabe die wichtigste Massnahme im vorgesehenen Paket ist. Wenn Sie einer solchen nicht zustimmen können, bin ich nach wie vor der Meinung, dass es Ihrerseits unehrlich wäre, die Stossrichtung zu befürworten. Dem wichtigsten Baustein dieser Vorlage muss man etwas abgewinnen können.

Staatsschreiber Stefan Bilger: Erlauben Sie mir zur Präzisierung des Verfahrens und der Anträge nochmals kurz Stellung zu nehmen. Anscheinend herrscht diesbezüglich ein wenig Verwirrung. Bei dieser Orientierungsvorlage handelt es sich um einen Bericht im Sinne von Art. 22 Abs. 2 und Abs. 3 Kantonsratsgesetz. Gemäss dieser Gesetzesbestimmung kann der Kantonsrat von solchen Berichten Kenntnis nehmen. Dies geschieht ohne Wertung, Zustimmung oder Ablehnung. Ergänzend kann der Kantonsrat gemäss dieser Bestimmung im Rahmen einer allgemeinen Würdigung oder zu einzelnen Teilen Erklärungen abgeben. Genau das ist hier der Fall und ein klassisches Beispiel: Die Orientierungsvorlage umfasst inhaltliche Aussagen, in diesem Fall Massnahmen. Die Kommission hat nun zu den einzelnen Teilen, also den Massnahmen, Erklärungen abgegeben und unterbreitet diese dem Rat zur Genehmigung. Zudem schlägt die Kommission vor, eine allgemeine Würdigung in Form einer Erklärung vorzunehmen, die folgenden Wortlaut hat: «von der Orientierungsvorlage und der darin aufgezeigten Stossrichtung in befürwortendem Sinn Kenntnis nehmen.» Damit soll eine wertende Aussage gemacht werden. Aus formalrechtlicher Sicht mache Ihnen aber beliebt, die Kenntnisnahme nicht mit der Befürwortung zu verbinden beziehungsweise über zwei separate Sätze einen Beschluss zu fassen. Trennt man demnach diese beiden Dinge, so heisst der zweite

Satz: «Der Kantonsrat befürwortet die in der Orientierungsvorlage aufgezeigte Stossrichtung.» Das ist materiell exakt dasselbe, aber es ist formalrechtlich korrekt. Wählen Sie das andere Vorgehen, dann schaffen Sie damit ein Präjudiz für künftige Orientierungsvorlagen, das nicht gesetzeskonform ist. Zudem werden Sie bei jedwelchen künftigen Orientierungsvorlagen immer wieder die gleichen Diskussionen führen. Eine zustimmende Kenntnisnahme ist nicht fassbar; genauso wenig wie eine ablehnende Kenntnisnahme. Es ist nicht klar, was genau gemeint ist. Aus diesem Grund sieht das Gesetz über den Kantonsrat die Möglichkeit vor, dass das Parlament Erklärungen abgeben kann, die präziser gefasst sind. Diese können von Ihnen abgeändert oder auch ganz gestrichen werden; Sie können sie aber auch schärfer oder weniger konkret verfassen. Adressat solcher Erklärungen sind der Regierungsrat und die Verwaltung, denen Sie in diesem Fall eine Stossrichtung vorgeben, in die sie weiterarbeiten können.

Ich appelliere an Sie: Stimmen Sie über diesen von der Kommission gestellten und vom Ratsbüro formal abgeänderten Antrag ab und bleiben Sie damit auf dem Pfad der gesetzlichen Tugend.

Willi Josel (SVP): Ich habe meine liebe Mühe mit der generellen Zustimmung beziehungsweise Befürwortung von Massnahmenpaketen. Ich erinnere Sie an das Agglomerationsprogramm. Die Gemeinde Neuhausen am Rheinfluss stimmte in diesem Zusammenhang über eine kleine Brücke ab, die wir aus unserer Sicht nicht brauchen. Diesbezüglich wird mir nun meine Zustimmung zum Agglomerationsprogramm vorgeworfen, indem gesagt wird, dass wir uns damit auch bereit erklärt hätten, diese Brücke nun zu bauen. Hier wird es in die genau gleiche Richtung gehen. Ich fasse es als Erpressung auf, wenn Martina Munz sagt, dass nur diejenigen die Stossrichtung befürworten können, die auch einer künftigen Förderabgabe zustimmen werden. Das werde ich so nicht hinnehmen.

Sie haben unser Bekenntnis zum Kernenergieausstieg bereits. Wenn Sie sich die Mühe machen und in unser Parteiprogramm schauen würden, könnten Sie einiges lernen. Gerne lese ich Ihnen einige Zeilen daraus vor. Wenn sich Daniel Fischer als Ornithologe und Matthias Freivogel als Gartenfachmann betätigen können, darf ich Ihnen auch einige Sätze vorlesen. Hören Sie gut zu: mehr Sicherheit und weniger Abhängigkeit durch den Ausbau der inländischen Stromproduktion; gesteigerte Energieeffizienz sowie Sparmassnahmen reichen nicht aus, um den zukünftigen Strombedarf zu decken. Die steigende Nachfrage ist durch den verstärkten Ausbau der inländischen Produktion zu befriedigen. Das heisst, die erneuerbaren Energien werden zunehmend wichtiger und sollen in Zukunft zur besseren Diversifikation des schweizerischen Strommixes beitragen. Raumplanerische Auflagen sind zu lockern, damit das Poten-

zial ausgeschöpft werden kann. Fazit: Die sinnvolle, effiziente Versorgung mit umweltverträglicher Energie hat Priorität vor ideologischen Verbandsinteressen. Das Potenzial der Energieträger Wasser und Holz sind im Rahmen der Wirtschaftlichkeit gezielt zu forcieren. In der Atomfrage beziehungsweise der Frage nach einem Endlager ist die Strategie der Regierung, ein Tiefenlager in unserer Region zu bekämpfen, zu unterstützen.

Anhand dieser Bekenntnisse sehen Sie klar, wo wir stehen. Dementsprechend werde ich Christian Ritzmann zustimmen.

Jürg Tanner (SP): Ich versichere Ihnen, Willi Josel, ich nehme Ihr Parteiprogramm zur Kenntnis, aber nicht im zustimmenden Sinne.

Nun aber zu dem, was uns eigentlich beschäftigen sollte. Die Argumentation von Staatsschreiber Stefan Bilger leuchtet mir ein. Es ist ein bisschen schade, dass die Kommissionsvorlage offenbar nicht über sein Pult gewandert ist; denn in der regierungsrätlichen Vorlage war der Antrag anders formuliert. Es wäre zu begrüßen, wenn dem Kantonsrat eine formalrechtlich korrekte Vorlage verschickt würde.

Nun aber zum Inhalt: Markus Müller, es ist doch überall so. Wir streiten uns nun über die Strategie beziehungsweise die Stossrichtung. Für mich ist das etwa dasselbe. Eine reine Kenntnisnahme erscheint mir aber doch etwas zu wenig. Aber auch wenn ich der Strategie beziehungsweise der Stossrichtung zustimme, behalte ich mir vor, später einzelne Vorlagen zu dieser Thematik im Rat abzulehnen beziehungsweise mir dann zu den Details eine Meinung zu bilden. Das steht allen hier zu; niemand muss das Gefühl haben, er sei diesbezüglich gebunden.

Um Ihnen den Unterschied deutlich zu machen, verweise ich gerne auf die ESH3-Vorlage. An deren Ende findet sich ein Anhang mit klaren Gesetzesbestimmungen, über die wir dann einzeln beschliessen müssen. Hingegen bin ich hier der Ansicht, dass wir der Kommissionsvorlage mit gutem Gewissen zustimmen können. Nachher arbeiten wir noch diverse Postulate und Motionen zu diesem Thema ab. In diesen Diskussionen kommt dann die Stunde der Wahrheit, auch für die SVP. Dort wird sich dann zeigen, ob sie ihrem Parteiprogramm nachlebt und welche Aussagen nur Lippenbekenntnisse sind. Dies zeigt sich aber erst dort und nicht bei der Abstimmung über die allgemeine Erklärung.

Machen wir also jetzt kein Theater und stimmen wir darüber ab. Mit unserer Zustimmung haben die Verwaltung und der Regierungsrat das Gefühl, dass wir sie im Grossen und Ganzen unterstützen.

Peter Scheck (SVP): Matthias Freivogel, es ist sehr gut, wenn die Verwaltung das Gefühl hat, aber wir wollen die Dinge genau wissen. Schliesslich geht es um die Stossrichtung. Regierungsrat Reto Dubach

hat eine Definition der Stossrichtung vorgebracht und ich bin mir nicht ganz sicher, ob die gesamte Regierung unter dem Begriff «Stossrichtung» genau das Gleiche versteht, wie er es noch vor der Pause formuliert hat. Ich gehe davon aus, dass für die Linke die Stossrichtung wahrscheinlich ganz anders aussieht beziehungsweise andere Erwartungen an sie gerichtet werden. Die unterschiedlichen Erwartungen divergieren sehr stark. Da wir nicht genau wissen, was unter der Stossrichtung zu verstehen ist, sind wir zum Schluss gekommen, dass wir ihr zwar nicht einfach zustimmen können, sie aber zur Kenntnis nehmen werden.

Christian Heydecker (FDP): Ich wundere mich ein wenig über die Verve der Regierung, wie sie in dieser Frage unbedingt unsere Unterstützung braucht. Immerhin ging es bei der Orientierungsvorlage zum Spitalneubau um ein paar hundert Mio. Franken, Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf. Dort hätte ich erwartet, dass sich der Regierungsrat vom Kantonsrat den Rücken gestärkt wissen will. Denn dabei handelte es sich um die viel entscheidendere Vorlage für unseren Kanton.

Noch einmal: Es steht in der Orientierungsvorlage, dass es darum gehe, ein politisches Signal auszusenden. Für den Kanton Schaffhausen ändert sich abgesehen von den Ausgaben eigentlich nicht wahnsinnig viel; der Strom, der aus der Steckdose kommt, ist immer noch derselbe. Daher verstehe ich nicht ganz, weshalb sich der Regierungsrat genau hier den Rücken von uns gestärkt wissen will und eine Befürwortung beziehungsweise Zustimmung erwartet; bei der viel wichtigeren Vorlage für unseren Kanton gibt er sich aber mit einer einfachen Kenntnisnahme zufrieden.

Es wurde gesagt, der Regierungsrat hätte bereits die Aufteilung vornehmen müssen, die jetzt vom Ratsbüro beziehungsweise von unserem Rechtsberater vorgeschlagen wurde. Das wäre ja noch schöner, wenn die Regierung beantragen würde, der Kantonsrat solle Erklärungen abgeben. Darüber entscheiden wir, also der Rat. Hingegen hätte der Regierungsrat dasselbe wie bei der Vorlage zum Sicherheitszentrum machen können, nämlich vom Kantonsrat einen Grundsatzbeschluss verlangen. Diesen wollte er aufgrund der zu tätigen Investitionen. Das wäre der richtige Weg, denn mit einem Grundsatzbeschluss werden der Rat und bei Bedarf auch das Volk ins Boot geholt, da ein solcher referendumsfähig ist. Bei den hier abgegebenen Erklärungen handelt es sich um «Wischwaschi».

Desweiteren frage ich mich, weshalb der Regierungsrat auf unsere Zustimmung zur beziehungsweise auf unsere Unterstützung der Stossrichtung angewiesen ist. Liegen die in der Vorlage definierten Massnahmen in der Kompetenz des Regierungsrates, kann er sie bereits morgen beschliessen. Andernfalls kann er innert einer Halbjahresfrist entsprechende Vorlagen erarbeiten und dem Kantonsrat beziehungsweise dem

Volk unterbreiten. Dann diskutieren wir darüber und stimmen ab. Es ist mir nicht klar, weshalb mit einer einfachen Kenntnisnahme dieses Berichts die ganze Verwaltung ins Stocken kommen sollte. Immerhin konnte der Regierungsrat auch beim Agglomerationsprogramm mit einer einfachen Kenntnisnahme weiterarbeiten. Ich verstehe nicht, weshalb der Regierungsrat gerade bei diesem Thema so grossen Wert auf den Sakkurs des Parlaments legt. Am besten würde er uns so schnell wie möglich die entsprechenden Vorlagen auf den Tisch legen. Das dauert nicht zwei Jahre, sondern kann auch innerhalb eines halben Jahres geschehen. Dazu braucht es auch noch so viel Vorarbeit, die im Falle einer Ablehnung der entsprechenden Vorlage dann für die Katz' wäre.

Materiell werde ich, das habe ich bereits gesagt, diesem Bericht sicher nicht zustimmen, da ich der Ansicht bin, dass das hier zu investierende Geld an einem anderen Ort viel besser angelegt wäre.

Staatsschreiber Stefan Bilger: Eine kurze rechtliche Berichtigung zum Votum von Christian Heydecker: Die von Ihnen angetönte Orientierungsvorlage zu den Spitälern Schaffhausen dürfen Sie nicht mit dieser Orientierungsvorlage vergleichen. Erstere enthielt richtigerweise einen Antrag auf Kenntnisnahme und Sie mussten über einen Planungskredit urteilen. Im Planungskredit sind natürlich implizit eine Erklärung und ein Auftrag enthalten, wie die Verwaltung beziehungsweise die Regierung weiterarbeiten soll.

In der Regel enthalten Orientierungsvorlagen einen Antrag auf Kenntnisnahme und, wenn es um Bauprojekte geht, einen Planungskredit, der den nächsten Schritt einleitet. Fast nie haben wir Orientierungsvorlagen, die mit keinem Kreditantrag verbunden sind. Daher sind in diesem Zusammenhang zwei Vorgehen denkbar: die Beantragung eines Grundsatzbeschlusses wie beim Sicherheitszentrum oder wie in diesem Fall die Abgabe einer Erklärung.

Stephan Rawyler (FDP): Zu Beginn der Debatte hat uns der Kantonsratspräsident aufgefordert, uns kurz zu fassen. Eigentlich wollte ich mich gar nicht zu diesem Thema äussern, aber mein Fraktionskollege, Christian Heydecker, hat mich nun doch herausgefordert. In seinem fulminanten Votum hat er gesagt, er sei mit der Stossrichtung nicht einverstanden und lehne daher die Befürwortung ab.

Es stimmt, dass im Kanton Bern eine solche Abstimmung stattgefunden hat. Aber auch in unserem Kanton hat eine Abstimmung stattgefunden. Diese verlief ruhig. Seit Anfang 2012 bietet die EKS AG, die zu 75 Prozent dem Kanton gehört, Privatkunden sowie Klein- und Mittelbetrieben 100 Prozent Schweizer Naturstrom an. Nur wenige Kundinnen und Kunden entschlossen sich, beim bisherigen Strommix mit Atomstrom zu blei-

ben. Das ist doch ein grosser Erfolg, der Auswirkungen auf den von der EKS AG bezogenen Strom haben wird. Unser FDP-Regierungsrat, Reto Dubach, hat als Verwaltungsratspräsident der EKS AG diesen Schritt gewagt; die Kundinnen und Kunden im Kanton Schaffhausen haben ihn dafür belohnt. Sie sind bereit, einen gewissen Mehrpreis für den Strom zu bezahlen.

Ist Atomstrom nicht subventioniert? Der französische Rechnungshof – Frankreich als Atomstaat steht hier sicher nicht im Verdacht ein Atomgegner zu sein –, hat festgestellt, dass die Preise für Atomstrom nicht kostendeckend seien. Können Sie sich an die gewaltigen Investitionen der Schweiz in die Atomforschung während den 60er und 70er Jahren erinnern? Zum Beispiel handelt es sich bei dem Vorfall im Versuchsreaktor Lucens um den ersten grossen Atomunfall in der Geschichte der Atomindustrie. Die getätigten Investitionen sind alles versteckte Subventionen. Dass die Fonds für den Rückbau der Atomkraftwerke und für den Bau des Atomendlagers – wo auch immer es zu stehen kommt –, nicht geüffnet sind, ist nichts anderes als eine versteckte Subvention. Die Kosten dafür werden die künftigen Stromkonsumentinnen und Stromkonsumenten zahlen müssen.

Heute Morgen habe ich mit einer gewissen Überraschung festgestellt, dass die Atomlobby anscheinend immer noch Geld für ganzseitige Inserate in der NZZ hat, auch mit Vertretern aus unseren Reihen. Das gibt mir doch zu denken. Offenbar wird hier ein neuer Streit angezettelt, anstatt dass wir uns darum kümmern, wie wir unseren Wohlstand für die Zukunft bewahren können. Denn dies ist die Aufgabe dieses Rates. Das ist aber nicht von heute auf morgen möglich und es gibt kein Patentrezept, bei dem wir lediglich einen Schalter umlegen müssen.

Der Regierungsrat möchte, dass wir mit dieser Vorlage unsere Verantwortung ebenfalls wahrnehmen, indem wir die Ansicht äussern, dass ein Umdenken stattfinden muss. Beispielsweise kenne ich Willi Josel schon genügend lange, um zu wissen, dass er nicht im Solde der Atomlobby steht. Es gibt aber verschiedene Möglichkeiten und viele Wege, die nach Rom führen. Trotzdem bin ich ganz klar der Ansicht, dass wir dem Regierungsrat jetzt sagen und zeigen müssen, wir Kantonsrätinnen und Kantonsräte wollen eine neue Energiepolitik. Diese zeichnet sich zwar noch nicht im Detail klar ab und es gibt diverse Varianten. Vielleicht ist sogar eine zeitliche Verzögerung möglich. Aber wir wollen, dass der Regierungsrat handelt und wir unterstützen ihn dabei. Im Detail werden und müssen wir dann natürlich kritisch sein.

Ich bin sehr froh, dass die SP ihren Antrag zurückgezogen hat. Gleichzeitig bitte ich Sie, im Sinne der Kommission zu entscheiden, sodass wir, wie auch immer das rechtlich formuliert wird, im zustimmenden Sinn von

der Strategie des Regierungsrates Kenntnis nehmen und gemeinsam für eine gute und energiegelicherte Zukunft arbeiten.

Heinz Brütsch (FDP): Wir alle wissen, dass der Kernenergieausstieg ein grosses Thema ist. Mich befremdet ein wenig – auch in meiner Funktion als Fraktionschef – wie viel Zeit wir mit der Diskussion über formelle Dinge verlieren.

Ich knüpfe an die Voten meiner beiden Vorredner, Georg Meier und Matthias Freivogel an. Es wurde bereits mehrmals erwähnt, dass die Kommission eine sehr gute Arbeit geleistet hat, wofür sie von allen auch gelobt wurde. Die Resultate der Abstimmungen in der Kommission sprechen eine deutliche Sprache. Ich verstehe meine Aufgabe oder die Aufgabe der Fraktion so, bereits während den Kommissionssitzungen die noch offenen Fragen zu klären beziehungsweise in die Kommission zu tragen, sodass man sich in der Beratung im Rat auf das Wesentliche konzentrieren kann. Immerhin gab es sechs Kommissionssitzungen.

Mit der jetzigen Diskussion verlieren wir sehr viel Zeit. Die Fraktionsmeinungen haben wir inzwischen gehört und es haben sich auch einige Einzelsprecher zu Wort gemeldet. Ich appelliere nun an Sie, dass wir uns auf einen Punkt einigen und dann weiter machen.

Kommissionspräsident Urs Capaul (ÖBS): Es geht eigentlich um einen Richtungsentscheid, den wir fällen müssen. Gleichzeitig handelt es sich dabei auch um ein politisches Signal. Wie kommt das in der übrigen Schweiz an, wenn wir von der Orientierungsvorlage nur Kenntnis nehmen? Durch mögliche Standorte für ein Tiefenlager in unserer Region sind wir unmittelbar betroffen. Mit der Befürwortung der Stossrichtung, soll – und ich möchte das betonen –, der Regierung kein Blankoscheck ausgestellt werden. Wir stimmen heute auch noch nicht über konkrete Planungskredite ab. Es geht lediglich darum, die Stossrichtung zu akzeptieren und zu befürworten. Eigentlich ist das der Kompromiss der Kommission. Ich bitte Sie, diesen zu unterstützen.

Zu Erwin Sutter: Es ist meines Erachtens ein bisschen zynisch, wenn Sie nur von psychologischen Folgen der Fukushima-Katastrophe sprechen. Wenn Sie selbst vor Ort sind und dort sehen, dass die Fläche des Kantons Aargau entvölkert werden musste, handelt es sich dabei nicht mehr nur um Psychologie. Bezüglich der Ausgangslage beziehungsweise unserer Startposition gehe ich aber mit Ihnen einig. Nebst dem Strom aus Wasserkraft stammen nur 1,4 Prozent aus erneuerbaren Energien. Der Umstieg ist aber machbar. Das zeigen auch die Zahlen zu den Potenzialen der erneuerbaren Energieträger, die Regierungsrat Reto Dubach nochmals erläutert hat, auch wenn wir vielleicht nicht alles in unserem

Kanton realisieren können oder wollen. Das bietet aber auch die Gelegenheit zur interkantonalen Zusammenarbeit.

Zu Christian Heydecker: Die Basis des Berichts war nicht Fukushima, sondern eine Motion von Thomas Wetter, die dann in das Postulat Nr. 2009/5 umgewandelt wurde.

Noch zu den Risiken, die physikalisch nicht verringert werden können: Das stimmt so nicht. Es ist zwar richtig, dass der Strom, den wir aus der Steckdose beziehen, nicht unbedingt atomstromfrei ist oder aus Solarenergie besteht. Wenn wir aber bewusst erneuerbare Energie kaufen, dann wird auch in erneuerbare Energie investiert. Dasselbe gilt für die Zertifikate. Erhöht sich die Nachfrage, werden zusätzliche Anlagen gebaut. Daher sind die Zertifikate eine mögliche Übergangslösung, um die Substitution der Kernenergie zu erreichen.

Ich bin dankbar, wenn Sie der Kommission zustimmen und die Stossrichtung befürworten. Das ist auch eine Stärkung des Regierungsrates. Damit stimmen Sie den einzelnen Massnahmen, die separate Vorlagen bedingen, noch nicht zu. Das möchte ich nochmals klar betonen. Dort werden Sie jedes Mal die Möglichkeit haben, separat darüber abzustimmen.

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft. Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden. Eintreten ist somit beschlossen und damit wurde auch von der Orientierungsvorlage Kenntnis genommen.

Detailberatung

Erklärungen zu in der Vorlage enthaltenen Massnahmen

Erklärung zu S2

Stephan Rawyler (FDP): Wir versuchen alle, immer sehr höflich zu sein. Preussischer Kasernenton ist uns fremd und den wollen wir auch nicht. Die Frage eines Zusammenschlusses der EKS AG und der Städtischen Werke, namentlich des Elektrizitätswerks der Stadt Schaffhausen, ist schon seit Jahren, wenn nicht bald seit Jahrzehnten, ein überaus dornenvolles Anliegen. Gerade in diesem Bereich sollte man meines Erachtens sorgfältig sein, auch mit der Wortwahl. Die Kommission hat vermutlich im Überschwang des Interesses an diesem Anliegen zu einem Befehl gegriffen und gesagt: «Die Werke sind zusammenzulegen.» Ich schlage Ihnen vor, die Erklärung wie folgt zu formulieren: «Es ist anzustreben, die EKS AG und die Städtischen Werke sowie das Werk Hallau ganz oder in Teilen zusammenzulegen.»

Es mag durchaus Sinn machen, die Stromversorgung im Bereich der Agglomeration Schaffhausen zu koordinieren. Wie das genau geschehen soll, müssen wir aber heute ganz sicher nicht entscheiden. Es ist aber sicher falsch, wenn wir der Stadt Schaffhausen heute einen Befehl erteilen. Hingegen ist es viel besser, wenn wir dem Regierungsrat einen Auftrag erteilen, indem wir sagen, er soll als Mehrheitsaktionär dahingehend tätig werden, dass man zusammen mit der Stadt Schaffhausen und mit der Gemeinde Hallau zu einer sinnvollen Lösung, wie die dann immer aussehen mag, kommt und damit die Sicherheit in der Elektrizitätsversorgung unserer Region weiterhin garantiert werden kann.

Bernhard Egli (ÖBS): Die Strukturen und die Eigentumsverhältnisse der EKS AG und der Städtischen Werke sind bekanntlich grundlegend verschieden. Um rasch Synergien schaffen und gemeinsame Aktivitäten vorantreiben zu können, sollten wir nicht die Zusammenlegung der Werke, sondern die Zusammenlegung der Netze anstreben. Deshalb stellt die ÖBS-EVP-Fraktion den folgenden Antrag: «Es ist die Zusammenlegung der Netze der EKS AG, der Städtischen Werke und des Werkes Hallau zu prüfen.»

Markus Müller (SVP): Es liegt eine umfangreiche Vorlage vor und Bernhard Egli spricht nun wieder über Details. Wenn wir so weitermachen, diskutieren wir diese Vorlage auch noch in drei Sitzungen und zerupfen das Ganze. Die genaue Umsetzung dieses Auftrags ist Sache der Regierung. Dafür haben wir gestern Regierungs- und Stadträte gewählt, die diesbezüglich aktiv werden und arbeiten sollen.

Es ist richtig, dass die Strukturen verschieden sind. Bei den kantonalen und den städtischen Verkehrsbetrieben sind sie das aber auch. Trotzdem ist Regierungsrat Reto Dubach zuversichtlich, dass ein Zusammenschluss möglich sein wird. Man kann alles zusammenlegen, wenn man nur will.

Noch zu Stephan Rawyler: Die Kommission hat diese Erklärung nicht im Überschwang abgegeben. Im Gegenteil, wir sind Realisten. In der Vergangenheit habe ich zusammen mit dem ehemaligen Kantonsratsmitglied, Hans-Jürg Fehr, einen ersten Vorstoss zur Zusammenlegung eingereicht. Leider ist daraufhin nichts passiert. Anscheinend reicht ein Prüfungsauftrag dafür nicht aus. Wir sind der Kantonsrat und erteilen einen Auftrag; dessen Empfänger sollen dann versuchen, diesen umzusetzen. Es wäre mir egal, ob die EKS AG von den Städtischen Werken übernommen wird. Schliesslich muss jeder Strom haben, auch im hintersten Ecken in Hemmental oder in Beggingen. Das ist das Ziel. Mit solchen Wunschkonzerten kommen wir aber nicht weiter, Stephan Rawyler. Das ist meine Erfahrung. Die Beratung meines Vorstosses im Rat war ein De-

bakel. Immerhin haben wir damit erreicht, dass die EKS AG immer noch unserem Kanton gehört und nicht der Axpo.

Geben wir doch dem Anliegen der Kommission grünes Licht und dann sollen sich die Regierung und der Stadtrat zusammensetzen. Machen wir einmal Nägel mit Köpfen. Wenn wir immer sagen, man sollte oder man könnte, dann passiert überhaupt nichts.

Jeanette Storrer (FDP): Die Nägel mit Köpfen, Markus Müller, machen wir meines Erachtens so nicht. Wollen wir die Diskussion und die Vorlage wirklich begraben, dann stimmen wir dem Vorschlag der Spezialkommission zu, den sie im Überschwang und sicher gut gemeint eingebracht hat. Der Auftrag, den die Formulierung der Spezialkommission umfasst, steht mit Bezug auf die in der Orientierungsvorlage vorgelegte Strategie zum Ausstieg aus der Kernenergie nicht in direktem Zusammenhang. Wenn wir eine gemeinsame Strategie von Kanton und Stadt wollen – und davon gehe ich aus –, dann belasten wir diese Vorlage unnötig, wenn wir darauf warten müssen, ob eine Zusammenlegung der EKS AG und der Städtischen Werken sich vielleicht als möglich erweist. Es ist auch denkbar, dass nur eine teilweise Zusammenlegung sinnvoll ist. Mit solchen Diskussionen verträdeln wir Zeit, die wir im Moment dringend benötigen, um dort vorwärts machen zu können, wo tatsächlich Synergiepotenzial besteht.

So lange können wir nicht warten und so lange wollen wir nicht warten. Vielmehr wollen wir, dass Kanton und Stadt sofort zusammenarbeiten und Kooperationen vertiefen, die bereits angedacht sind, beispielsweise im Contracting, im Bau und Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien sowie in der Prüfung von weiteren Kooperationen im Bereich Vertrieb, Marketing und Service und im Bereich Strom.

Nennen wir also das Kind beim Namen. Meines Erachtens ist daher der Antrag von Stephan Rawyler der richtige Weg. Zum Antrag von Bernhard Egli sehe ich keine grosse Differenz, weshalb sich die beiden Antragsteller vielleicht noch einigen sollten. Die Erklärung der Kommission ist keine Aussage zur Strategie, weshalb ich mich auch gegen deren Formulierung wehren werde. Ich will damit die Vorlage nicht belasten und möchte verhindern, dass diese Aussage zum Bremsklotz wird.

Will man tatsächlich einen Zusammenschluss, so wie ihn sich beispielsweise Markus Müller vorstellt, dann ist es ihm freigestellt, einen Vorstoss mit dem Wortlaut der Erklärung der Kommission einzureichen.

Jürg Tanner (SP): Wenn wir so weiter machen wie bisher, werden wir in diesem Jahr kein weiteres Geschäft erledigen. Ich bin auch extrem überrascht, dass wir das diskutieren. Zu diesem Vorgehen erwarte ich eine Erklärung der Staatskanzlei oder des Ratsbüros.

Uns liegt ein Kommissionsbericht vor, der eine Schlussabstimmung enthält. Zudem hat die Kommission zu allen Vorstössen Erklärungen abgegeben. Es hat doch keinen Sinn, diese jetzt alle zu behandeln; denn die einzelnen Vorstösse beraten wir im Anschluss an diese Orientierungsvorlage sowieso. Wenn ich Art. 22 des Gesetzes über den Kantonsrat richtig verstehe, dann kann der Kantonsrat den Bericht zur Kenntnis nehmen und im Rahmen einer allgemeinen Würdigung oder zu einzelnen Teilen Erklärungen abgeben. Die Stossrichtung positiv zu würdigen, wäre eine solche Erklärung. Andere Anträge wurden meiner Meinung nach bisher nicht gestellt. Dies müsste jetzt geschehen, ansonsten ist das eine sinnlose Diskussion. Wollen Sie denn mit dieser Formulierung die Hallauer und die Schaffhauser enteignen?

Gerne erwarte ich zum weiteren Vorgehen eine Stellungnahme vom Präsidenten. Meine Meinung dazu haben Sie gehört. Ich würde jetzt über die zweigeteilte Erklärung der Kommission und allfällige Änderungsanträge abstimmen und die Erklärungen der Kommission ohne weitere Diskussion so stehen lassen. Ansonsten veranstalten wir hier eine Kommissionssitzung mit 60 Mitgliedern. So werden wir bis im Dezember nicht fertig.

Kantonsratspräsident Hans Schwaninger (SVP): Jürg Tanner war zu Beginn der Sitzung nicht da, als ich Ihnen gesagt habe, wie wir bei der Beratung dieser Vorlage vorgehen werden. Zuerst haben wir die Eintretensdebatte geführt. Nun sind wir auf die Vorlage eingetreten und haben sie auch zur Kenntnis genommen. Jetzt beraten wir der Reihe nach die einzelnen Erklärungen zu den in der Vorlage enthaltenen Massnahmen durch, zu denen Abänderungsanträge gestellt werden können. Anschliessend diskutieren wir die Erklärungen zu den einzelnen Postulaten und Motionen. Die Postulanten oder Motionäre müssen dann entscheiden, ob sie ihren Vorstoss zurückziehen oder aufrechterhalten wollen. In letzterem Fall wird der Vorstoss normal gemäss Traktandenliste behandelt.

Um die Debatte effizient zu gestalten, wünsche ich mir aber, dass nun zu einem Abänderungsantrag nicht auch noch zehn Wortmeldungen erfolgen. Die Anträge sind klar; ich werde sie sortieren und danach darüber abstimmen lassen.

Erwin Sutter (EDU): Ich bitte Sie, den Text der Erklärung genau zu lesen; damit wird auch einiges klar. Es steht nämlich: «Das kantonale Elektrizitätswerk und die Städtischen Werke sowie das Werk Hallau sind ganz oder in Teilen zusammenzulegen.» Es ist somit offen, was genau mit den Teilen gemeint ist beziehungsweise ob es sich dabei nur um das Netz handelt. Wenn Sie dies so zur Kenntnis nehmen, können wir eigent-

lich darüber abstimmen. Die Kommission hat sich 10 zu 0 für diese Erklärung ausgesprochen.

Regierungsrat Reto Dubach: Ich möchte darauf hinweisen, dass die Formulierung von S2 in der regierungsrätlichen Vorlage folgenden Wortlaut hatte: «Abstimmung der Zielsetzungen mit der Stadt Schaffhausen». Die Regierung war der Auffassung, dass die Zielsetzungen mit der Stadt Schaffhausen im Energiebereich abgestimmt werden sollen. Die Kommission hat dann die nun vorliegende Erklärung zur Zusammenarbeit verfasst.

Unabhängig davon, welcher Antrag letztlich obsiegt, kann ich Ihnen mitteilen – Jeanette Storrer hat das bereits gesagt –, dass wir mit der Stadt Schaffhausen im Gespräch sind und in Zukunft beabsichtigen, in den Geschäftsfeldern näher zusammenzuarbeiten, in denen auch Synergiepotenziale bestehen. Diese sehen wir vor allem im Bereich des Contractings, des Baus von Anlagen zur Stromerzeugung aus neuen erneuerbaren Energien und zudem prüfen wir, ob allenfalls im Bereich Vertrieb, Marketing und Services Synergien gewonnen werden könnten. Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass es längerfristig keinen Sinn macht, wenn sich in dieser kleinen Region zwei Stromunternehmen gegenseitig konkurrenzieren. Vielmehr machen es die Herausforderungen im Bereich der erneuerbaren Energien und der neuen Energiepolitik nötig, näher zusammenzuspannen. Das braucht Gespräche mit der Stadt und es braucht eine gewisse Zeit. Erste Gespräche sind aber bereits sehr erfolgreich verlaufen. Den totalen Zusammenschluss schon in einer ersten Phase realisieren zu wollen, wäre allzu verwegen.

Ich gebe Erwin Sutter recht, dass die Erklärung vielleicht etwas salopp formuliert ist. Sie lässt alles offen. Die Gespräche zwischen den Betroffenen werden zeigen, welche Resultate wir schliesslich erreichen.

Zu Bernhard Egli: Die Netze sind auch ein Teil des Werks, weshalb Ihr Anliegen in dieser Formulierung durchaus Platz hat.

Kommissionspräsident Urs Capaul (ÖBS): Anscheinend geht es um die Formulierung; unter anderem wurde der preussische Befehlston kritisiert. Man kann sich tatsächlich darüber streiten, ob diese Befehlsform politisch klug ist. Letztlich geht es aber um den Kernenergieausstieg. Und die Kommission ist der Meinung, dass das Durchsetzen dieses alten Anliegens die Erreichung des Ziels wesentlich erleichtern würde. Ich kann aber durchaus auch mit der Formulierung von Stephan Rawyler oder von Bernhard Egli leben. Das wäre für mich in Ordnung.

Zudem sieht es so aus, als ob die Regierung und der Stadtrat in diesem Bereich bereits aktiv sind. Es ist mir ein grosses Anliegen, dass in diesem Zusammenhang die ersten Schritte gemacht und gemeinsam Anlagen

gebaut werden, um so den Kernenergieausstieg voranzutreiben. Letztlich geht es mir um die Durchsetzung des Umstiegs oder der Substitution der Kernenergie, oder wie Sie das auch immer nennen wollen.

Bernhard Egli (ÖBS): Mit meinem Antrage wollte ich Nägel mit Köpfen machen. Mit dem Zusammenlegen der Netze wäre das möglich gewesen. Nachdem ich nun das Votum des Energiedirektors gehört habe, ziehe ich meinen Antrag zugunsten des Antrags von Stephan Rawyler zurück. Denn wir haben gehört, dass wir mit einer offenen Formulierung auf dem richtigen Weg seien.

Markus Müller (SVP): Mit dieser Erklärung gefährden wir die Vorlage nicht, Jeanette Storrer, da es sich gar nicht um eine Vorlage handelt. Diese Orientierungsvorlage müssen wir lediglich zur Kenntnis nehmen. Die Kommission hat nun einmal das Recht, Erklärungen abzugeben und damit an den Kantonsrat zu gelangen. Die Verfassung sieht das vor; die vorberatende Kommission hat von diesem Recht Gebrauch gemacht. Ich bin auch kein Freund davon. Meiner Ansicht nach hat es der Energiedirektor richtig verstanden. Genau das ist die Idee und die Formulierung spielt dabei nicht so eine Rolle.

Das Votum von Jürg Tanner beschäftigt mich aber. Die vorberatende Kommission hat sich lange und intensiv darüber unterhalten, wie mit der Flut von Vorstössen umgegangen beziehungsweise wie diese zusammen behandelt werden könnten. Schliesslich haben wir uns für die Erklärungen als Lösung entschieden. Heute bin ich fast der Ansicht, dass wir die Erklärungen vergessen und die Orientierungsvorlage möglichst speditiv beraten sollten. Danach könnten wir dann die Vorstösse normal behandeln. Mit den Erklärungen sind wir immer noch auf den Goodwill der Leute angewiesen, die einen Vorstoss eingereicht haben. Wenn sie ihn nicht zurückziehen, dann diskutieren wir bei der Behandlung des Vorstosses nochmals über dasselbe.

Abstimmung

Mit 39 : 6 wird dem Antrag von Stephan Rawyler zugestimmt.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Die Erklärung wird mit folgendem Wortlaut verabschiedet: «Es ist anzustreben, die EKS AG und die städtischen Werke sowie das Werk Hallau ganz oder in Teilen zusammenzulegen.»

Erklärung zu I1

Das Wort wird nicht gewünscht.

Die Erklärung wird mit folgendem Wortlaut verabschiedet: «Prüfung der technischen, juristischen, politischen und wirtschaftlichen Machbarkeit von Leuchtturmprojekten inkl. Standortanalyse. Mit diesen Abklärungen soll die Grundlage für die Realisierung konkreter Projekte gelegt werden.»

Erklärung zu I2

Christian Heydecker (FDP): Ich beantrage Ihnen, auf die Formulierung des Regierungsrates zurückzukommen, die meines Erachtens klar und eindeutig ist. Dabei sollen die Marketinganstrengungen intensiviert werden, um den Produzenten von erneuerbaren Energien etwas unter die Arme zu greifen, damit sie ihre Produkte besser absetzen können. Die Formulierung der Kommission scheint mir etwas verwirrend zu sein, denn so wie die Erklärung abgefasst ist, bezieht sich das Adjektiv «attraktiv» auf das Marketing. Ich gehe davon aus, dass das betriebene Marketing attraktiv und gut ist, denn sonst wäre das dafür ausgegebene Geld hinausgeworfen. So wie ich aber die Erklärung der Kommission verstehe, geht es ihr nicht um die Qualität der Marketingaktivitäten, sondern um die Verbesserung der Verkaufsbedingungen für die Produkte. Mit anderen Worten gehe ich davon aus, dass wir in diesem Zusammenhang von höheren Einspeisevergütungen sprechen. Dann wird aber gesagt, dass die Bedingungen nicht nur für die Produzenten, sondern auch für die Abnehmer attraktiv sein sollen. Meines Erachtens ist das ein Widerspruch, da die EKS AG natürlich kein Interesse hat, die so produzierten erneuerbaren Energien beziehungsweise die entsprechenden Kilowattstunden zu massiv subventionierten Tarifen zu übernehmen, sondern zu ihrem effektiven Wert. Hier haben wir also eine gewisse Diskrepanz. Sollte es tatsächlich die Meinung der Kommission sein, dass insbesondere die Bedingungen für die Produzenten verbessert beziehungsweise die Einspeisevergütungen erhöht werden müssen, dann wüsste ich gerne, um welchen Betrag es sich in etwa handelt.

Kommissionspräsident Urs Capaul (ÖBS): Die Meinung der Kommission ist in der Erläuterung zur Erklärung ausgeführt. Es braucht nicht nur attraktive Bedingungen für die Produzentenseite, sondern der Strom muss auch verkauft werden, zum Beispiel an der Naturstrombörse. Deshalb braucht es ein attraktives Marketing, sodass für den erneuerbaren

Strom auch Abnehmer gefunden werden. Dies war der Grund für die Umformulierung.

Abstimmung

Mit 26 : 8 wird der Antrag von Christian Heydecker abgelehnt.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Die Erklärung wird mit folgendem Wortlaut verabschiedet: «Attraktives Produkte-Marketing der EVU.»

Erklärung zu S5

Das Wort wird nicht gewünscht.

Die Erklärung wird mit folgendem Wortlaut verabschiedet: «Die Massnahme S5 ist unter die Massnahmen erste Phase aufzunehmen.»

Erklärung zu U2

Das Wort wird nicht gewünscht.

Die Erklärung wird mit folgendem Wortlaut verabschiedet: «Die Massnahme U2 ist aufzunehmen und in die erste Phase einzugliedern: Bildung eines Projektausschusses zur Steuerung, Koordination und zum Monitoring des Projekts Kernenergieausstieg.»

Erklärungen zu den parlamentarischen Vorstössen

Erklärung zum Postulat Nr. 2011/6

Martina Munz (SP): Wird die Erklärung ohne Änderung vom Rat verabschiedet, habe ich nachher im Sinn, meinen Vorstoss zurückzuziehen. Daher möchte ich an dieser Stelle dazu doch noch kurz etwas ausführen. Das Postulat wurde im vorausseilenden Gehorsam bereits weitgehend umgesetzt. Dafür bedanke ich mich. Schön, dass ein eingereichtes Postulat der SP-AL-Fraktion die EKS AG zum Handeln veranlasst. Das freut mich.

Die EKS AG muss bezüglich Energiewende in die Verantwortung einbezogen werden und von ihr müssen diesbezüglich Leistungen verlangt werden. Ökologischer Strom als Standardprodukt wird bisher erst auf Schweizer Gebiet und bei sogenannten «normalen» Kunden geliefert. Grosskunden wie das Werk Hallau sind davon ausgenommen und auch Deutschland wird hauptsächlich mit Atomstrom beliefert. Das ist – sanft formuliert – unschön. Die EKS AG sollte in all ihren Versorgungsgebieten ökologischen Strom als Standardprodukt anbieten.

Es gibt noch weitere Ungereimtheiten: Die EKS AG muss Solarstrom aus ihrem deutschen Versorgungsgebiet zu kostendeckenden Konditionen kaufen, nicht so auf Schweizer Gebiet. Hier wird der eingespeiste Solarstrom mit 8 Rappen pro Kilowattstunde – Sie haben richtig gehört – mit 8 Rappen vergütet. Wollen die Produzenten ihren Strom über die offerierte Solarstrombörse vermarkten, sind sie per Vertrag verpflichtet, der EKS AG das alleinige Vermarktungsrecht abzutreten. Im besten Fall wäre es möglich, 35 Rappen pro Kilowattstunde, für allerdings höchstens 80 Prozent des gelieferten Stroms, zu erhalten, wäre da nicht noch eine verfängliche Klausel im Vertrag. Die Entschädigung gibt es nur für jene Menge, die via Börse von den Käufern auf der entsprechenden Anlage bezogen werden. Die Börse ist somit nicht ein genereller Energiepool. Einige von uns Kantonsrätinnen und Kantonsräten haben die gleiche Erfahrung gemacht und bestätigen mir das. Wer seine Anlage bei der Börse angemeldet hat, muss nämlich selber dafür sorgen, dass er genügend Stromabnehmer findet, die ihren Ökostrom von seiner persönlichen Anlage beziehen. Man muss also noch ein persönliches Marketing aufziehen, wenn man schon die Investition getätigt hat. Fakt ist, dass ausser der öffentlichen Hand kaum Kunden da sind, weil der Strom zu teuer ist. Die EKS AG erlaubt sich sogar, auf den Solarstrom eine Marge «draufzupfeffern», die fünfmal so hoch ist wie die Marge beim Wasserstrom.

Mein Fazit zu meinem Postulat: Ich habe mich über die Einführung des ökologischen Stroms als Standardprodukt gefreut. Der Kanton als Mehrheitsaktionär muss aber die EKS AG stärker in die Verantwortung nehmen. Ökologischer Strom muss in allen Versorgungsgebieten der EKS AG als Standardprodukt angeboten werden. Zusätzlich muss die EKS AG eine Abnahmegarantie für ökologisch produzierten Strom geben – und das zu fairen Preisen. Ob sie kostendeckend sein müssen, darüber können wir streiten, aber sie sollen fair sein, wie es im deutschen Versorgungsgebiet der EKS AG der Fall ist.

Ich gebe mich mit dieser Erklärung zufrieden, beobachte aber genau, ob der von Verwaltungsratspräsident Reto Dubach immer wieder erwähnte Gesinnungswandel in den Köpfen der Chefetage unserer EKS AG auch in der Praxis wirklich spürbar ist. Die EKS AG muss zukunftsgerichtete Geschäftsmodelle entwickeln und darf nicht in ihrem herkömmlichen Ver-

haltensmuster verharren. Ich erhoffe mir mehr Innovation durch die EKS AG und erwarte mehr Eigeninitiative. Es sollte nicht sein, dass wir als Kantonsparlament den Verantwortlichen in unserem eigenen Energieversorgungsunternehmen mit Vorstössen die Lampe anzünden müssen.

Regierungsrat Reto Dubach: Über diese Thematik haben wir uns bereits verschiedentlich unterhalten. Ich kann Ihnen zuhanden des Protokolls nochmals bestätigen, dass wir mit der EKS AG begonnen haben, neue Geschäftsfelder zu erschliessen.

Zudem überarbeitet der Regierungsrat zurzeit die Eigentümerstrategie gegenüber der EKS AG. Dazu finden ebenfalls Gespräche statt. Ausserdem ist der Verwaltungsrat neu zusammengesetzt. Und neue Köpfe bringen in der Regel auch frischen Wind.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Die Erklärung wird mit folgendem Wortlaut verabschiedet: «Der ökologische Standardstrommix der EKS AG soll in ihrem Versorgungsgebiet mindestens beibehalten und der Anteil Kunden, welche diesen Strommix bestellen, soll angehoben werden.»

Erklärung zum Postulat Nr. 2011/7

Heinz Rether (ÖBS): Bei diesem Thema möchte ich ein bisschen ausholen, da die Bereiche «Smart Grid» und «Smart Metering» zentral sind, um den Kernenergieausstieg überhaupt erreichen zu können.

Während bislang Stromnetze mit zentraler Stromerzeugung dominieren, geht der Trend hin zu dezentralen Erzeugungsanlagen, sowohl bei der Erzeugung aus fossiler Primärenergie durch kleine Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen als auch bei der Produktion aus erneuerbaren Quellen wie bei Fotovoltaik-, Windkraft- und Biogasanlagen. Dies führt zu einer wesentlich komplexeren Struktur primär im Bereich der Lastregelung und bei der Aufrechterhaltung der Netzstabilität. Kleinere, dezentrale Erzeugungsanlagen speisen im Gegensatz zu mittleren bis grösseren Kraftwerken auch direkt in die unteren Spannungsebenen, wie dem Niederspannungs- oder dem Mittelspannungsnetz, ein.

Generell werden Netze, auch elektrische Energieversorgungsnetze, auf die mögliche oder theoretische Höchstbelastung ausgelegt. Die Reduktion jener Höchstbelastung und die zeitliche Lastverteilung in Zeiten mit geringerer Auslastung führen somit zu einer in der Leistung reduzierten Infrastruktur und auf der Seite der Betreiber zu Kostenvorteilen, da dabei die verrechneten Energiemengen für den Erzeuger in etwa gleich bleiben.

So sind beispielsweise im Jahr 2009 die Stromnetze in der Schweiz in der Regel im Jahresdurchschnitt nur zwischen 30 bis 40 Prozent ausgelastet gewesen. Netzbetreiber sind daher zwecks Gewinnmaximierung bestrebt, teure Lastspitzen zu vermeiden und im theoretischen Idealfall nur einen möglichst zeitlich konstanten Lastanteil, der über dem sogenannten Grundlastanteil liegt, zu haben. Diese Nivellierung der Last könnte in Zukunft mittels intelligenter Netze durch automatische Steuerungen und Kontrolle von Verbrauchsanlagen erfolgen und ist bereits heute technisch machbar.

Eine Eigenschaft dieser modernen Netze ist die Möglichkeit, Zustandsinformationen und Lastflussdaten aus den einzelnen Netzelementen – Erzeugungsanlagen, Verbraucher, Haushalte und Industrieanlagen oder auch Transformatorenstationen – in Echtzeit abrufen und verarbeiten zu können. Smart Grid bezieht neben den Produktionsanlagen auch grössere Verbraucher wie Wärmepumpen, Warmwasserspeicher, Tiefkühler, Autobatterien und ähnliches in das Netzmanagement mit ein.

Das italienische Energieversorgungsunternehmen Enel installiert als Schritt in Richtung Smart Grid seit Ende der 1990er Jahre automatisierte Ablesesysteme für Stromzähler. Dies geschieht in Italien insbesondere zur Verhinderung der großen Verluste durch Stromdiebstahl, dem durch die modernen Zähler Einhalt geboten wurde. Im Rahmen des E-Energy-Projektes werden zurzeit in der Bundesrepublik Deutschland, gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, in sechs sogenannten Modellregionen die Auswirkungen von Smart Grids und deren praktischer Umsetzung in realen Stromversorgungsnetzen untersucht. Innerhalb des Projektes «Web2Energy», das durch das 7. Rahmenprogramm der Europäischen Kommission gefördert wird, wird ein diskriminierungsfreies Kommunikationssystem für alle beteiligten Marktpartner innerhalb eines intelligenten Stromnetzes in Südhessen unter Verwendung der weltweit anerkannten IEC-Normen aufgebaut und getestet. In Österreich entsteht ebenfalls eine Smart-Grid-Initiative. Die Salzburg AG hat für die Stadt Salzburg zwei Projekte ins Leben gerufen. Zum einen das Projekt «ElectroDrive» und zum anderen das Projekt «Smart Grids». Diese beiden Projekte wurden mit 1,9 Mio. und 1,7 Mio. Euro vom österreichischen Klima- und Energiefonds prämiert und gefördert. Sie sind nahezu untrennbar, da die Elektrofahrzeuge als Energiespeicher dienen. Momentan fahren in Salzburg 300 Elektrofahrzeuge. In Dänemark setzt der Stromanbieter SEAS-NVE seit 2008 auf Smart Metering. In Helsinki findet sich ein Smart-Grid-Projekt der ABB. Bis 2020 müssen in der EU 80 Prozent der Haushalte mit intelligenten Stromzählern, sogenannten «Smart Metern», ausgestattet sein.

Auch in der Schweiz gibt es bisher einige erfolgreich verlaufende Versuche zu intelligenten Stromnetzen: Dietikon, Römerswil, Staad SG, Lausanne und verschiedene kleinere Versuche und Initiativen.

Gerne möchte ich Ihnen aus einem Presstext mit dem Titel «Heiner Tschopp sieht Stromlücke und Atomausstieg gelassen entgegen» etwas vorlesen: «Als Leiter von Smarter Energy sorgt er seit 2008 dafür, dass IBM Schweiz für nachhaltiges Nutzen von Energie Lösungen bereit hat. Sie führten einen Versuch in Ittigen durch, ein 11'100 Einwohner grosses Dorf im Kanton Bern. Freiwillige testen Smart Metering mit dem Verein «Inergie». Laut den Statuten des 2008 gegründeten Vereins fördert er «zukunftsweisende Lösungen für einen integrierten und nachhaltigen Energie-Einsatz». «Inergie» wird geprägt durch die Unternehmen BKW FMB Energie zusammen mit IBM Schweiz, Swisscom und der Schweizerischen Post sowie der lokalen Gemeinde. Seit Juli 2010 sind 200 Ittinger Haushalte am Smart Grid und fahren elektrisch. Sie testen das Konzept von intelligenten respektive automatisierten Stromnetzen. Darin sind die Haushalte über kleine Computer mit dem Energiewerk vernetzt, das auch zentral den Stromfluss kontrollieren und steuern kann. Zudem ist im Pilotprojekt auch Elektromobilität integriert. Grundsätzlich steigt der Stromverbrauch mit der Elektromobilität. Ob die Schweiz diesen Anstieg mit neuen Technologien wie Smart Grids, effizienteren Akkus oder gar Solar-Autos ausgleichen könnte, wird erst die Zukunft zeigen. Die Möglichkeiten sind aber nur schon auf dem Gebiet der Smart Grids noch nicht ausgeschöpft.» Auf die Frage nach ersten Resultaten meint Tschopp: «Die ersten 200 Haushalte zeigen bisher, dass sich unsere Erwartungen von weniger Stromlast zu den Spitzenzeiten um 8 und 18 Uhr bestätigen. Bei einem ausgebauten Smart Grid sind da Einsparungen von 10 bis 30 Prozent realistisch. Die Ittigger Testpersonen können zudem ihren aktuellen Stromverbrauch einfach dargestellt auf einem Display verfolgen und somit auch beeinflussen.» Auf die Frage zu absoluten Einsparungen meint er: «Wir rechnen mit Einsparungen von 2 bis 5 Prozent.»

Aus den Smart Grids ergibt sich für viele Parteien ein Nutzen. Dieser resultiert hauptsächlich aus der verstärkten Interaktion von Verbrauchern und Erzeugern. Der Nutzen für den Endkunden lässt sich an einigen Beispielen einfach zeigen: Kunden könnten zeitflexible Preise nutzen, die abhängig von Tageszeit und Netzauslastung entstehen. Sie sind nicht länger an einen Anbieter gebunden, sondern wählen den jeweils günstigsten Anbieter. Des Weiteren ergibt sich dadurch die Möglichkeit, dass der Kunde informiert wird, wenn der Strompreis einen bestimmten Grenzwert unterschreitet. So könnte beispielsweise das Elektroauto aufgeladen werden, wenn der Strom in der Nacht am günstigsten ist. Eine Beispielrechnung in den USA des Energieversorgers PJM hat ergeben, dass eine Kostensenkung um 3 Prozent in den 100 Stunden des Top-

Stromverbrauchs im Jahr Einsparungen in Höhe von 145 bis 301 Mio. Dollar ergeben könnte. Für Grossabnehmer ergibt sich hierbei ein noch grösserer Nutzen. Sie können Schwimmbäder dann heizen, wenn der Strom günstig ist; hierbei spielt der Bruchteil eines Cents eine grosse Rolle. Mittels Smart Grids lassen sich schon durch die Vermeidung geringerer Netzausfälle erhebliche Einsparungen erreichen.

Für Energieversorger ergibt sich aus Smart Grids eine erhöhte Transparenz der Netze. Bislang sind die kommunalen Verteilnetze für die Energieversorger ein schwarzes Loch. Die Verbraucher werden anhand des Jahresverbrauchs mal Preis je Kilowattstunde abgerechnet. Über das Nutzungsverhalten der Endkunden weiss der Energieversorger wenig bis nichts. Des Weiteren wird durch den Einsatz von High-Speed-Sensoren die Netzüberwachung vereinfacht, wodurch eine wesentlich höhere Netzstabilität gewährleistet werden kann. Ein Lastmanagement ist nicht mehr beziehungsweise nur in geringem Ausmass nötig. Smart Grid ist eine der Voraussetzungen für eine funktionierende, dezentrale Stromerzeugung aus Solar-, Biogas- oder Windenergie. Die Produzenten können dann, wenn sie Strom erzeugen, ihren Strom auch selbst nutzen, was mit der heutigen Technologie nur sehr umständlich möglich ist.

Wir haben in diesem Saal im Rahmen verschiedener Energietraktanden immer wieder auch vom Stromsparen gesprochen. Mit dem Smart Metering bieten wir den Stromkunden ein Instrument, das im Gegensatz zum herkömmlichen Zählerkasten mehr Transparenz und Planungsmöglichkeit bietet. Es ist also ein Instrument, das für das Stromsparen ganz neue Anreize schafft. 3,7 Prozent Strom haben Teilnehmer des Projekts »Intellicon« durch Smart Metering eingespart, belegt das anerkannte Fraunhoferinstitut in einer ersten Analyse. Die Teilnehmer konnten online Verbrauch, Tarife und Energiespartipps einsehen und so ihren Stromverbrauch reduzieren. Diese Einsparung entspricht ungefähr der Strommenge, die der Kanton Schaffhausen in 14 Tagen braucht.

Fazit: Ohne ein modernes, flexibles, intelligentes Stromnetz, ohne die Möglichkeit, dass die Bezüger ihren Stromverbrauch selbst managen, beobachten und optimieren können, gibt es keinen Atomausstieg. Der Paradigmenwechsel vom lammfrommen Strombezüger zum selbstkritischen Verbraucher muss in den nächsten Jahren stattfinden und es gibt nur diesen Weg. Im Wissen darum, dass der Kanton Schaffhausen gar nicht darum herum kommt, seine Stromnetze für die Zukunft fit zu machen, werde ich meinen Vorstoss bei Zustimmung zur Erklärung natürlich auch zurückziehen.

Peter Scheck (SVP): US-Präsident Barack Obama und Heinz Rether sind sich natürlich bewusst, dass man sich mit Smart Grid politisch wunderbar profilieren kann, auch wenn man die Technologie nur in den Grundzügen versteht.

Das Stromnetz der Zukunft soll nach dem Willen von Heinz Rether und der Kommissionsmehrheit offenbar zu einer Plattform der EKS AG werden, auf der jeder mit jedem kommuniziert; quasi die Waschmaschine mit dem Wäschetrockner, der Energiezähler mit der Solaranlage auf dem Dach, der Windpark auf dem Randen mit dem lokalen Energieversorger. Davon sollen alle profitieren: die Umwelt, da durch die präzisere Abstimmung der Versorgungsnetze ein höherer Anteil an erneuerbaren Energien verkraftbar wird; die Strom- und IT-Konzerne, da neue, lukrative Geschäftsfelder entstehen und der Verbraucher, der durch effizientere Ressourcennutzung Kosten spart. Das nennt man Smart Grid oder intelligentes Stromnetz.

Das alles ist aber noch eine Vision, die bislang die meisten nicht verstehen. Viele können sich gar nicht vorstellen, wie das Stromnetz der Zukunft funktionieren soll; Smart Grid ist von ihrer Lebenswirklichkeit momentan noch sehr weit entfernt. Die Stromkonzerne müssten erst attraktive Angebote entwickeln und den Verbrauchern die Vorzüge schlauer Zähler verständlich machen. Es müssten zudem rasch die Voraussetzungen für flexible Stromtarife geschaffen werden; denn bislang sind diese technisch noch gar nicht realisiert.

Die Hälfte des Potenzials liegt in den Privathaushalten, dem Gewerbe, dem Handel und den Dienstleistungen. Eine deutsche Studie kommt zu einem ernüchternden Ergebnis. Bei den Privathaushalten spielt der Smart-Grid-Einsatz fast gar keine Rolle. Hauptgrund dafür ist, dass es für Privathaushalte kaum Anreize gibt, die Technologie einzusetzen. Dazu wären weit flexiblere Strompreise nötig, die sich konsequent an Angebot und Nachfrage orientieren würden, sodass ein Verbraucher einen echten Kostenvorteil hätte, wenn er zum Beispiel seine Wäsche in nachfragearmen Stunden wäscht. Doch die Entwicklung solcher Preismodelle steht noch ganz am Anfang und wiegt die Investitionskosten zurzeit nicht auf. Denn um von flexiblen Tarifen zu profitieren, bräuchte ein Haushalt mindestens einen intelligenten Stromzähler, der Verbrauch und Strompreis miteinander abgleicht. Dazu müssten Haushaltsgeräte wie Waschmaschinen und Trockner mit einem Adapter ausgerüstet werden, damit sie mit dem Zähler kommunizieren können. Im Idealfall verfügt ein Haushalt der Zukunft zudem über ein System, das Haushaltsgeräte automatisch so steuert, dass sie möglichst kostengünstig arbeiten.

In der Schweiz ist noch offen, wie die Modernisierung bezahlt werden soll. Über Subventionen, Zertifikate, privat oder durch einen Mix dieser Möglichkeiten? Das Ganze ist noch nicht zu Ende gedacht; von einer

einheitlichen Strategie kann noch nicht gesprochen werden. Wir fragen uns deshalb ernsthaft, warum ausgerechnet der Kanton Schaffhausen und speziell die EKS AG hier eine Pionierrolle übernehmen sollten. Wir stehen der neuen Technologie natürlich auch positiv gegenüber, sehen die Vorteile, die daraus entstehen können und sehen der weiteren Entwicklung mit Spannung entgegen. Wir haben jedoch kein Verständnis dafür, dass man sich im Kantonsrat mit Forderungen brüstet, von deren Auswirkungen man schliesslich keine Ahnung hat. Smart Grid wird mit grosser Wahrscheinlichkeit kommen, mit oder ohne Vorstoss, mit oder ohne Erklärung. Ich stelle deshalb den Antrag, die Erklärung sei ersatzlos zu streichen.

Thomas Hurter (SVP): Ich verstehe momentan den Verlauf dieser Ratsdebatte nicht. Erst wurde gesagt, dass die Vorstösse im Rahme der Debatte der Orientierungsvorlage nicht behandelt würden. Nun hat aber Heinz Rether in einem langen Votum sein Postulat vertreten.

Bleiben Sie doch bitte bei diesen Erklärungen und teilen Sie uns mit, ob Sie Ihr Postulat oder Ihre Motion zurückziehen wollen oder nicht. So können wir diese Vorlage bereinigen und abschliessen. Danach können wir uns der Diskussion der Vorstösse widmen. Ansonsten führen wir die gleiche Diskussion zweimal. Das lange Votum von Heinz Rether war ein gutes Beispiel, dass es so nicht geht.

Jürg Tanner (SP): Ich verstehe es auch nicht. Was machen wir jetzt genau? Ich möchte wissen, was mit dem Postulat passiert, wenn wir diese Erklärung jetzt streichen. Wird das Postulat dann abgeschrieben? Gilt es als erledigt? Wird es nochmals diskutiert?

Kantonsratspräsident Hans Schwaninger (SVP): Ich habe Sie bereits zu Beginn der Debatte gebeten, sich kurz zu fassen. Das Votum von Heinz Rether erachte ich nicht als kurz. Daher hoffe ich, dass die Voten in Zukunft etwas kürzer ausfallen. Ich akzeptiere aber, dass die Postulanten oder Motionäre kurz etwas zu ihren Vorstössen sagen möchten; sie sollen sich aber wenn möglich kurz fassen.

Kommissionspräsident Urs Capaul (ÖBS): Ich verweise auf die eigentlich unbestrittene Erklärung der Kommission zu I1. In der Erläuterung dazu wurde gesagt, dass zurzeit noch offen sei, wer für die Auf- und Ausbaurkosten aufkommen müsse. In diesem Zusammenhang gibt es selbstverständlich weitere Fragen. Daher haben wir diese Massnahme nicht als prioritär betrachtet.

Zur Erklärung selbst: Es sollen weitere Abklärungen getroffen beziehungsweise sollen diese vorangetrieben werden. Dazu gehört natürlich

auch das von Peter Scheck erwähnte Smart Pricing. Dazu ist zu bemerken, dass dies in Mannheim seit Längerem eingeführt und inzwischen praxiserprobt ist. Da können wir uns vielleicht etwas abgucken.

Die Erklärung will nicht, dass die EKS AG nun flächendeckend Smart Grid und Smart Meter einführt. Vielmehr sollen Praxistests mit verschiedenen Geräten durchgeführt werden. Daher sollte die Erklärung nicht gestrichen werden; denn dann kann der Regierungsrat in einer ersten Vorlage auch über einen Zwischenstand informieren.

Regierungsrat Reto Dubach: Ich bitte Sie, dem Streichungsantrag nicht zuzustimmen, ansonsten führen wir beim Postulat Nr. 2011/7 nochmals eine ellenlange Diskussion darüber, ob der Vorstoss überwiesen werden soll oder nicht. Der Postulant selbst hat im letzten Satz seines Votums gesagt, er würde seinen Vorstoss zurückziehen, wenn diese Erklärung so verabschiedet werde. Die Erklärung selbst geht zwar nicht sehr weit, aber sie lässt uns freie Hand, damit wir in diesen Bereichen die nötigen Tests durchführen können.

Abstimmung

Mit 36 : 13 wird der Streichungsantrag von Peter Scheck abgelehnt.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Die Erklärung wird mit folgendem Wortlaut verabschiedet: «Die Abklärungen zu Smart Grid und Smart Metering sollen vorangetrieben werden. Dazu sind von der EKS AG erste Praxistests durchzuführen.»

Erklärung zum Postulat Nr. 2011/8

Matthias Freivogel (SP): Der Energiedirektor weist auf Seite 2 der Orientierungsvorlage darauf hin, dass auch der Verwaltungsrat der Axpo den Ausstieg aus der Kernenergie heute als einzig realistischen Weg erachtet. Wenn meine Fragen dazu genügend beantwortet werden, ziehe ich mein Postulat zurück.

Gibt es zu dieser Aussage verbindliche Beschlüsse des Axpo-Verwaltungsrates? Und wenn ja, dürfen wir erfahren, wie diese verbindlich lauten? Ist aus Sicht unseres Mitglieds des Verwaltungsrates davon auszugehen, dass diese Beschlüsse erhalten bleiben?

Regierungsrat Reto Dubach: Seit längerer Zeit werden auch Stromversorgungsszenarien ohne Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke im Axpo-Management und im Axpo-Konzern studiert. Nach dem Richtungsentscheid des Bundesrates vom 25. Mai 2011 wurden diese Studien vertieft. In der Zwischenzeit liegen konkrete Vorschläge auf dem Tisch. Der Verwaltungsrat hat sich in der Vergangenheit an verschiedenen Sitzungen sehr intensiv mit diesen Vorschlägen auseinandergesetzt. Das Ziel ist völlig klar, nämlich dass ohne Ersatz von Kernkraftwerken künftig Strom, und damit natürlich vor allem Strom aus erneuerbarer Energie, produziert werden soll. Zudem wird die Eigentümerstrategie auch beim Axpo-Verwaltungsrat überarbeitet. Eigentümer sind die Kantone. Fester Bestandteil dieser Eigentümerstrategie ist der Ausstieg aus der Kernenergie.

Erwin Sutter (EDU): Matthias Freivogel hat gesagt, er würde seine Erklärung zurückziehen, wenn ihn die Antworten des Energiedirektors befriedigen würden. Ansonsten würde ich den Antrag stellen, diese Erklärung zu streichen, und zwar aus den Gründen, die Regierungsrat Reto Dubach genannt hat. Die Axpo hatte in der Kommission die Gelegenheit, Stellung zu nehmen. Aus den Ausführungen des Axpo-Vertreters ging ganz klar hervor, dass die Axpo die Strategie entsprechend ausgerichtet hat und den Ausstieg aus der Kernenergie unterstützt. Die Axpo beabsichtigt bis 2030, 11 Mia. Franken in neue Produktionskapazitäten zu investieren, und zwar in Wasserkraft, Windenergie im Ausland, Fotovoltaik auf grossen Dächern und auch Geothermie. Dazu kommen noch weitere 10 Mia. Franken Investitionen in Netze, Pumpspeicherwerke und in bestehende Kraftwerke. Das sind insgesamt 21 Mia. Franken. Das sind auch für die Axpo sehr bedeutende Investitionen.

Die Kommission konnte sich davon überzeugen, dass zwischen der Konzernstrategie der Axpo und derjenigen des Kantons kein Widerspruch besteht. Diese Erklärung beziehungsweise das Postulat rennt demnach offene Türen ein. Es wird kaum etwas Neues bringen, das nicht bereits angelaufen ist. Wenn diese Erklärung nicht zurückgezogen wird, würde ich den Antrag stellen, diese Erklärung zu streichen.

Iren Eichenberger (ÖBS): Ich habe noch eine ergänzende Frage an Regierungsrat Reto Dubach. In Konsequenz dessen, was er nun ausgeführt hat, müsste ein neues Atomkraftwerk überflüssig sein. Das würde bedeuten, die Gesuche für neue Atomkraftwerke müssten eigentlich zurückgezogen werden. Meines Wissens ist das zurzeit aber nicht der Fall. Was kann man dazu sagen?

Regierungsrat Reto Dubach: Der Verwaltungsrat hat sich verschiedentlich mit der Frage des Rückzugs der Gesuche für ein Ersatzkernkraftwerk auseinandergesetzt. Diese Frage ist im Verwaltungsrat kontrovers diskutiert worden. Meines Erachtens kann man kein Ersatzkernkraftwerk bauen, womit dieses Gesuch im Grunde genommen hinfällig geworden ist, da die heutigen Anforderungen völlig anders als zum Zeitpunkt der Einreichung dieses Gesuchs wären. Darüber ist man sich einig. Hingegen herrscht noch keine Einigkeit darüber, wann der Rückzug dieser Gesuche erfolgen soll. Dies wird aber in nächster Zeit sicherlich nochmals Gegenstand von Verhandlungen im Verwaltungsrat sein.

Kommissionspräsident Urs Capaul (ÖBS): Noch eine Präzisierung zu Erwin Sutter: Der Postulant kann die Erklärung nicht zurückziehen. Denn es ist eine Erklärung der Kommission. Er kann aber sein Postulat zurückziehen.

Ich bitte Sie, dieser Erklärung zuzustimmen. Letztlich braucht unser Energiedirektor auch ein wenig Unterstützung beziehungsweise Rückhalt und ein Zeichen dafür, dass in der Axpo mit der neuen Strategie wirklich vorwärts gemacht werden soll.

Matthias Freivogel (SP): Wird die Erklärung so nicht verabschiedet, ziehe ich meinen Vorstoss nicht zurück.

Abstimmung

Mit 40 : 2 wird der Streichungsantrag von Erwin Sutter abgelehnt.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Die Erklärung wird mit folgendem Wortlaut verabschiedet: «Der Regierungsrat soll sich im Rahmen seines Mandats im Axpo-Verwaltungsrat dafür einsetzen, dass die ökologische Stromerzeugung und die Stromeffizienz im In- und Ausland verstärkt werden.»

*

An dieser Stelle werden die Beratungen abgebrochen und an der nächsten Sitzung vom 3. September 2012 wieder aufgenommen.

Schluss der Sitzung: 12.00 Uhr

